



ORIENTIERUNG

Nr. 11 70. Jahrgang Zürich, 15. Juni 2006

IN RASCHER FOLGE UND UNBEMERKT von der internationalen Berichterstattung spielten sich in den vergangenen Monaten für die katholische Kirche in Mexiko zwei einschneidende Vorgänge ab, deren langfristige Wirkungen noch nicht abzuschätzen sind. Beide haben mit der pastoralen und der kirchlichen Situation der Diözese San Cristóbal de las Casas im Bundesstaat Chiapas zu tun. Am 15. Februar 2006 wurde im Kulturzentrum *Casa Lamm* in der Hauptstadt Mexiko im Rahmen einer öffentlichen Diskussion die erste vollständige Bibelübersetzung in «Tseltal», der Maya-Sprache, die von rund 200 000 Indígenas in Chiapas gesprochen wird, vorgestellt.¹ Für den Anthropologen und Theologen Eugenio Maurer Avalas SJ fand damit eine Arbeit von dreißig Jahren ihr Ende, die im Wechsel von ethnologischer Feldforschung, linguistischen Studien und theologischen Grundlagendebatten eine «dynamische Übersetzung» der gesamten Bibel in eine indigene Sprache zum Ziele hatte.² Im Rahmen dieses Projektes agierten er und seine engsten Mitarbeiter als Moderatoren eines Übersetzungsprozesses, dessen eigentliche und entscheidende Träger Mitglieder der Tseltal-Sprachgemeinschaft (*Native Speakers*) waren.

Für eine autochthone Kirche

Diese Rollenverteilung zwischen der Equipe der Fachleute, die berät, und den indigenen Übersetzern zeigte sich auch in der Art des Approbationsverfahrens, mit dem die Mexikanische Bischofskonferenz 2005 die neue Bibelübersetzung für die Verkündigung und die Liturgie freigab. Je drei indigene Ehepaare erhielten den Auftrag, die Übersetzung der alttestamentlichen bzw. der neutestamentlichen Schriften zu prüfen und ihre Einwände dem Übersetzerteam vorzutragen. Nach dieser erneuten Revision des Textes baten die sechs Paare im Namen ihrer Sprachgemeinschaft um die Zulassung der Übersetzung mit den Worten: «Mit dieser Übersetzung der Bibel kann das Volk der Tseltales das Wort Gottes besser verstehen und besser in seinem Leben verwirklichen, denn – wenn wir das Wort Gottes in der eigenen Sprache lesen und uns aneignen können – erfahren wir uns als eine Gemeinschaft. Die Übersetzung stärkt nicht nur die Einheit in der Kirche, sondern auch in den Dorfgemeinschaften und in der Kultur der Tseltales insgesamt für die Gegenwart und für die Zukunft.» Mit dieser Beschreibung brachten die Antragsteller nicht nur die Erfahrung zum Ausdruck, daß bereits die gemeinsame Arbeit an der Übersetzung zu einem vertieften Verständnis der biblischen Botschaft geführt hatte, sondern sie äußerten darüber hinaus ihre Erwartung, daß die «Bibel in Tseltal» zu einer Quelle werden kann, sich die eigene Kultur intensiver anzueignen und an künftige Generationen weiterzugeben.

Knapp fünf Wochen nach der erwähnten Präsentation der Bibelübersetzung kam es zum zweiten Ereignis, dessen langfristige Auswirkungen für die Diözese von San Cristóbal de las Casas noch kaum abzuschätzen sind. Am 24. März 2006 versammelten sich 10 000 Indígenas zu einem Pilgerzug durch die Straßen der Stadt San Cristóbal de las Casas. Sie beendeten diesen mit einem Gottesdienst auf dem Platz vor der Kathedrale zusammen mit ihrem Ortsbischof Felipe Arizmendi und seinem Weihbischof Enrique Díaz Díaz. Diese Wallfahrt fand am 26. Jahrestag der Ermordung von Erzbischof Oscar A. Romero statt. Für die 10 000 Teilnehmer stand deshalb die Erinnerung an den ermordeten Erzbischof von San Salvador im Zentrum. Gleichzeitig benützten sie aber die Feier, um zwei Protestbriefe der Öffentlichkeit bekannt zu machen: Neben einem Brief an den Gouverneur von Chiapas, in welchem die Freilassung von vier, seit 2003 in Untersuchungshaft festgehaltenen Mitarbeitern der Diözese gefordert wurde, wurde auch ein Brief an Papst Benedikt XVI. verlesen. Darin baten die Brieffschreiber den Papst, das kürzlich von der römischen Gottesdienstkongregation erlassene Verbot aufzuheben, in der Diözese San Cristóbal de las Casas Indígenas zu ständigen Diakonen zu weihen. Ausdrücklich erwähnten die Briefverfasser, wie wichtig für das Selbstverständnis ihres christlichen Glaubens die Pastoral *indigener* Amtsträger in ihren Gemeinden sei, und sie erinnerten den Papst daran, daß sich im Verlaufe der letzten fünf Jahre rund zweihundert

BEFREIUNGSTHEOLOGIE

Für eine autochthone Kirche: Zum Konflikt um die Diözese San Cristóbal de las Casas (Chiapas/Mexiko) – Die Vollendung der Bibelübersetzung in die Sprache der Tseltales – Die Demonstration vom 24. März 2006 – Der Brief an Papst Benedikt XVI. – Das Verbot der Weihe von ständigen Diakonen – Frühe Auseinandersetzungen um die pastorale Arbeit von Bischof Samuel Ruíz – Die Option für die Indígenas – Was bedeutet Inkulturation?
Nikolaus Klein

LITERATUR

Frankreichs Ehre? Zu *Irène Némirovskys* Roman «Suite française» – Frankreich im Jahre 1940 – Das Schicksal einer Immigrantin – Eine beispiellose Karriere als Schriftstellerin – Rettung eines Manuskripts – Multiperspektivische Erzählweise – Der implizite Leser als Protagonist.

Wolfgang Schlott, Bremen

MEDIZIN/ETHIK

Die beste Medizin für alle – um jeden Preis? Die ethische Gestaltung des Gesundheitssystems angesichts begrenzter Mittel (*Erster Teil*) – Die aktuelle Reformdiskussion – Woher die Knappheiten kommen – Die Fortschrittsfalle der Jahre 1970/1975 – Die Folgen der Arbeitslosigkeit – Zum demographischen Wandel – Ethische Bedingungen ökonomischer Rationalisierung – Sektorielle Anreizstrukturen – Gesetzliche Rahmenbedingungen – Ethische Kriterien gerechter Rationalisierung – Zur Frage intergenerationaler Gerechtigkeit. (*Zweiter Teil folgt.*)

Michael Rosenberger, Linz

ESSAY

Robert Lax – Stille in der Vase: Tagebuchnotizen von einer Reise nach Patmos – Erste Lektüreerfahrungen – Begegnung mit dem Autor – Die Reise nach Patmos – Lebensstil und Wahrnehmungsformen – Die Freundschaft zwischen Thomas Merton und Robert Lax – Kontext des Wartens – Eine unaufdringliche Form der Präsenz.

Engelbert Groß, Eichstätt

ENTWICKLUNG/POLITIK

Unüberwindbare Probleme der Entwicklung? Warum bleiben die meisten Entwicklungsländer unterentwickelt? – Nach fünfzig Jahren intensiver Entwicklungspolitik – Kriterien des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen – Das Beispiel Brasiliens – Die Phase der Kolonisierung – Nachkoloniale Entwicklungen und Wechsel der Regierungsformen – Die Verfassung von 1988 – Die Kluft zwischen Verfassungstext und Realität – Mangelhafte Umsetzung der Gesetze – Eine zu kurze Legislaturperiode – Zur Frage der Ressourcen – Probleme der Allokation und der Verwaltung – Die Reaktionen der Bevölkerung – Wirkungen des internationalen Drucks auf die Regierung.

Paul Ammann, Natal/Brasilien

Männer auf den Dienst des ständigen Diakons vorbereitet haben, und daß diesen aufgrund der römischen Verfügung der angestrebte und für die Gemeinden unverzichtbare Dienst für alle Zukunft verwehrt ist.³

Der Brief der Pilger vom 24. März 2006 an Papst Benedikt XVI. stellt den vorläufige Endpunkt eines mehr als zehn Jahre schwebenden Konfliktes zwischen den für die Pastoral in der Diözese San Cristóbal de Las Casas verantwortlichen Amtsträgern und den vatikanischen Behörden dar. Für die nationale und internationale Öffentlichkeit wurde dieser Streit zum ersten Mal deutlich wahrnehmbar, als im Oktober 1993 der päpstliche Nuntius Girolamo Prigione den damaligen Bischof von San Cristóbal de Las Casas, Bischof Samuel Ruíz zum (freiwilligen) Rücktritt nötigte. Dem Bischof wurden schwerwiegende theologische Fehler und eine einseitige Pastoral zugunsten der Indígenas und ihrer Kultur vorgeworfen. Das Ansinnen des Nuntius führte zu einer nationalen und internationalen Solidarisierung für Bischof Samuel Ruíz und für seine Arbeit, so daß der Nuntius am Ende auf seine Rücktrittsforderung verzichtete. Mußte er eine vorläufige Niederlage hinnehmen, so wurde die innerkirchliche Position des Bischofs von San Cristóbal durch die Tatsache gestärkt, daß er nach dem Aufstand der Zapatisten vom 1. Januar 1994 sowohl von den aufständischen Indígenas wie von der Regierung Mexikos zum Vermittler für Friedensverhandlungen vorgeschlagen wurde. In dieser Situation versuchten die römischen Behörden den Einfluß von Bischof Samuel Ruíz in seiner Diözese auf einen indirekten Weg, d.h. durch die Ernennung von Bischof Raúl Vera OP zum Koadjutor (mit dem Recht der Nachfolge) zu begrenzen. Doch der Bischof von San Cristóbal de Las Casas gewann das Vertrauen seines zukünftigen Nachfolgers und in der Folge begannen die beiden, gemeinsam und schrittweise den für das Jahr 2000 vorgesehenen Amtswechsel vorzubereiten. Sie führten von 1995 bis 1999 eine Diözesansynode durch, in der alle Gemeinden und die Räte der Diözese die bisherige pastorale Arbeit überprüfen und Optionen für die Zeit nach dem Rücktritt von Bischof Samuel Ruíz formulieren konnten. Diese Beratungsphase wurde während der letzten Wochen der Amtszeit von Bischof Samuel Ruíz mit einem mehrtägigen theologisch-pastoralen Treffen «Vom Zweiten Vatikanischen Konzil zum Dritten Jahrtausend» abgeschlossen.⁴ Höhepunkt dieser Abschiedsfeier war im Januar 2000 die Weihe von 103 Indígenas zu Diakonen. Bischof Samuel Ruíz wollte mit diesem Akt der Beauftragung neuer Mitarbeiter seine Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß die Kirche von den in ihr engagierten Menschen geprägt wird.

In diesen Prozeß einer geregelten Amtsübergabe, die sich im Rahmen des geltenden Kirchenrechtes vollzog, griffen die römischen Behörden zweimal auf direkte Weise ein. Am 30. Dezember 1999 gaben sie bekannt, daß Bischof Raúl Vera nicht wie vorgesehen die Nachfolge von Bischof Samuel Ruíz antreten, sondern das Amt des Bischofs der nordmexikanischen Stadt Saltillo übernehmen solle. An seiner Stelle wurde am 30. März 2000 Bischof Felipe Arizmendi, bisher Bischof von Tapachula, zum neuen Bischof von San Cristóbal de las Casas ernannt. Zusätzlich zu diesen einschneidenden Personalentscheidungen trafen sich am 23. Februar 2000 unter Führung des Kardinal-Staatssekretärs Angelo Sodano sechs römische Kongregationen, um über die Frage der von Bischof Samuel Ruíz geweihten indigenen Diakone zu beraten. Nach Abschluß dieser Konsultationen wurde von der Gottesdienst-Kongregation am 20. Juli 2000 ein Brief an den neu ernannten Bischof Felipe Arizmendi verabschiedet.⁵ Dieser Text liest sich wie eine Verurteilung der von Bischof Samuel Ruíz geleisteten pastoralen Arbeit. Im (ersten) lehrhaften Teil hielt der

Brief fest, daß der Ausdruck, was eine «autochthone Kirche» sei, nur dann sachgemäß verstanden werde, wenn damit die «Einpflanzung» («*implantación*») der Kirche in einen konkreten sozialen Kontext gemeint sei. Eine Ortskirche, die vor allem vom Dienste der Diakone lebe und so nicht das gewohnte Bild hierarchischer Gliederung wiederspiegeln, könne dies nicht mit Berufung auf das Recht, autochthon zu sein, begründen. Im (zweiten) disziplinären Bereich verlangte der Brief, daß während längerer Zeit keine Diakone mehr geweiht werden dürfen, bis sich das Zahlenverhältnis zwischen Priestern und Diakonen ausgeglichen habe. Denn in der Diözese San Cristóbal de Las Casas standen zu Beginn des Jahres 2000 den rund vierhundert Diakonen knapp vierzig Priester gegenüber.

Was bedeutet Inkulturation?

Seit dem Jahre 2000 hat die Gottesdienst-Kongregation in mehreren Stellungnahmen die Argumentation dieses Briefes wiederholt. Als Bischof Felipe Arizmendi seinerseits ohne vorherige Absprache mit den römischen Behörden im Jahre 2002 eine kleine Zahl von Indígenas zu ständigen Diakonen weihte, wiederholte die Gottesdienst-Kongregation in einem Brief vom 1. Februar 2002 ihre Argumentation aus dem Jahre 2000: «Wenn weiterhin die Zahl der ständigen Diakone erhöht wird, droht der Eindruck zu entstehen, die von Bischof Samuel Ruíz eingeführte Praxis würde unterstützt, und gleichzeitig behindert man die Normalisierung des kirchlichen Lebens in Ihrer Diözese. Zusätzlich entsteht in anderen Diözesen der Eindruck, der Heilige Stuhl würde stillschweigend ein «alternatives kirchliches Modell» unterstützen ...» Der Brief schloß mit der ausdrücklichen Weisung, daß für den Zeitraum von fünf Jahren keine ständigen Diakone geweiht werden dürfen.⁶

Dieses fünfjährige Moratorium ist durch eine Anfang Oktober 2005 gefällte Entscheidung der Gottesdienst-Kongregation auf eine unbestimmte Zeit ausgedehnt worden, nachdem Bischof Felipe Arizmendi bei seinem Rombesuch im Oktober 2005 eindringlich um die Aufhebung des befristeten Verbotes gebeten hatte. Er begründete dies mit seiner Überzeugung, die ständigen Diakone würden einen für die indigene Pastoral unverzichtbaren Dienst leisten und einige Pfarreien seien schon längere Zeit verweist. Dazu hielt die Gottesdienst-Kongregation in ihrer brieflichen Antwort ausdrücklich fest: «Keineswegs darf man übersehen, daß fünf Jahre nach dem Rücktritt von Bischof Samuel Ruíz von der Leitung der Diözese von San Cristóbal de Las Casas in der Diözese immer noch jene Ideologie bestimmend ist, welche die Errichtung einer autochthonen Kirche wünscht. Deshalb hat sich die Versammlung der verschiedenen Kongregationen für eine Aussetzung der Weihe von ständigen Diakonen ausgesprochen, die so lange gelten soll, bis das zugrundeliegende ideologische Problem ausgeräumt ist. Außerdem ist es notwendig, die Berufungspastoral für ein zölibatäres Priestertum zu verstärken, wie dies in den übrigen Diözesen in Mexiko und in Lateinamerika geschieht, und gleichzeitig auf die Ausbildung weiterer Kandidaten für das ständige Diakonat zu verzichten. Denn es stellt in der Tat eine Ungerechtigkeit gegenüber den Gläubigen dar, bei ihnen eine Hoffnung zu wecken, ohne daß diese je Wirklichkeit werden kann.»⁷ Im weiteren hielt der Brief fest, die Diözese von San Cristóbal de las Casas müsse sich den Gegebenheiten der Universalkirche anpassen. Dies würde es ihr möglich machen, aus ihrer ideologischen Sackgasse herauszukommen. Der Brief schloß mit der Feststellung, wenn man bei den Gläubigen Erwartungen nähre, die, wie im Falle des ständigen Diakonats – es ziele letztlich auf die Möglichkeit eines verheirateten Priestertums –, der kirchlichen Lehre und Tradition widersprechen, bliebe dem Heiligen Stuhl nur die Möglichkeit, einem solchen Ansinnen zu widersprechen. Der Heilige Stuhl würde in der Folge zu Unrecht intolerant erscheinen.

¹ Vgl. Museos de México. Boletín 4 (10. Februar 2006), 1f.

² Vgl. Eugenio Maurer, Das Tselal-Christentum, in: Thomas Schreijäck, Hrsg., Die indianischen Gesichter Gottes. Frankfurt/M. 1992, 34-79.

³ Vgl. La Jornada vom 25. März 2006, 41.

⁴ Dieses Treffen ist dokumentiert in: Christus 65 (2002) Heft 2, 1-62.

⁵ Der Text des von Kardinal Jorge A. Medina Estévez und Erzbischof Francesco Pio Tamburrino unterzeichneten Briefes vom 20. Juli 2000 ist zugänglich auf der «Website» des Vatikans unter der Kategorie «Römische Kurie» (www.vatican.va).

⁶ Vgl. DIAL Nr. 2542 (16.-31. März 2002), 1f.

⁷ Vgl. DIAL Nr. 2869 (April 2006), 21-24.

Bei diesem Brief der Gottesdienst-Kongregation fällt auf, daß an keiner Stelle die Argumente gewertet werden, die Bischof Felipe Arizmendi für seine Bitte, das römische Moratorium zu beenden, vorgebracht hatte. Die pastorale Situation in der Diözese San Cristóbal de Las Casas wird an keiner Stelle zur Kenntnis genommen. Der Brief weckt den Eindruck, es gehe um eine theoretische Debatte über das «Projekt einer autochthonen Kirche». Dazu passen auch die Bemerkungen über die Hoffnungen, die auf unberechtigte Weise bei den Kandidaten für das Amt des Diakons geweckt würden. Im Kern geht es im Brief darum, daß eine pastorale Praxis, die von Bischof Samuel Ruíz auf den Weg gebracht wurde, von seinem Nachfolger beendet werden soll. Die Auseinandersetzung konzentriert sich dabei auf die Frage, was eine autochthone Kirche sei und welche Rolle der Ortsbischof dabei zu spielen habe.

Zu diesen Fragen hatte Bischof Samuel Ruíz während seiner Amtszeit und auch nach seinem Rücktritt regelmäßig öffentlich Stellung genommen. 1988 formulierte er zusammen mit seinen Kollegen der «Bischöflichen Kommission für Indigene Pastoral» (CEI) in den Leitlinien für eine «indigene Pastoral» als methodische Maxime pastoraler Arbeit: «Nachdem man eine Analyse der Realität der Indígenas gemacht hat, besteht für die Pastoral der nächste Schritt darin, daß man erkennt, wie Jesus Christus in dieser Realität präsent und wirksam ist. Gleichzeitig muß man alle jene ökonomischen, persönlichen, sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Zwänge entlarven, die wie die Sünde sich dem Heilsplan Gottes entgegenstellen.»⁸ Auf der Grundlage dieses methodischen Prinzips beschrieb er immer wieder, was er unter einer autochthonen Kirche und ihren Dienstämtern versteht. In einem umfangreichen Brief vom 30. April 2000, den er an die Gottesdienst-Kongregation gerichtet hatte, hat er dies in einer doppelten Argumentationsweise dargestellt.⁹ In einem ersten Schritt erinnerte er an die Wiedereinführung des ständigen Diakonats, wie sie in der dogmatischen Konstitution über die Kirche «Lumen gentium» des Zweiten Vatikanischen Konzils formuliert worden ist. Gleichzeitig verwies er auf die im Missionsdekret «Ad gentes» dargelegten Kriterien, unter welchen pastoralen Bedingungen ein ständiges Diakonat in einer Diözese eingeführt werden soll und wie die Auswahl der Kandidaten zu erfolgen hat: «Denn es ist angebracht, daß Männer, die tatsächlich einen diakonalen Dienst ausüben, sei es als Katechisten in der Verkündigung des Gotteswortes, sei es in der Leitung abgelegener christlicher Gemeinden im Namen des Pfarrers und des Bischofs, sei es in der Ausübung sozialer oder caritativer Werke, durch die von den Aposteln her überlieferte Handauflegung gestärkt und dem Altare enger verbunden werden, damit sie ihren Dienst mit Hilfe der sakramentalen Diakonatsgnade wirksamer erfüllen können.» Diese Argumentationslinie, in der Bischof Samuel Ruíz nachzuweisen versuchte, wie die von ihm für die Diözese von San Cristóbal de Las Casas erlassene Rahmenordnung für die kirchlichen Dienstämter den Bestimmungen des Zweiten Vatikanischen Konzils entsprechen, ergänzte er durch eine zweite Argumentationslinie. In seine Darlegungen fügte er mehrfach kurze Zusammenfassungen über die Geschichte seiner Diözese und über deren aktuelle Lage ein. So beschrieb er den Weg zum ständigen Diakonat indigener Amtsträger: «Nach dem Konzil haben wir einen langen Lernprozeß gemacht, was kirchliche Gemeinschaft sein könne. Dabei machten wir die Beobachtung, daß die Präsenz eines ständigen Diakonats in einer Gemeinde für deren Lebendigkeit von grundlegender Bedeutung war.» Im Folgenden erwähnte er auch die Konsequenzen für eine pastorale Arbeit, die sich aus der Tatsache ergeben, daß Chiapas seit den achtziger Jahren eine Zunahme der sozialen und politischen Konflikte (*low intensity conflict aera*) erlebte: «Unsere Diözese ist eine verfolgte Diözese. Acht ausländische Priester sind vertrieben worden. In zwei Jahren wurden 28 Kirchen zum größeren Teil durch Aktionen des Militärs, in einigen Fällen durch die

⁸ CEI, Hrsg., *Fundamentos Teológicos de la Pastoral Indígena en México*. México/D.F. 1988, 170.

⁹ Vgl. Adista Supp. Nr. 5681 (1. April 2002), 1-7.

herrschende lokale Partei geschlossen. In den letzten Tagen sind zwei Diakone ermordet worden. Die Übernahme des Amtes eines Diakons bedeutet auch die Bereitschaft zum Martyrium.» Angesichts dieser nicht einfachen Situation ist es nun überraschend, wieviele Männer dennoch bereit sind, das Amt des Diakons zu übernehmen. In seinem Brief erwähnte Bischof Samuel Ruíz diesen Tatbestand und deutete ihn als Kennzeichen einer lebendigen Diözese, die für die Menschen attraktiv sei, weil sie von diesen als «ihre Kirche» wahrgenommen werde. Dies verstehe er als eine autochthone Kirche.¹⁰

In diesem Rahmen verschwieg Bischof Samuel Ruíz in seinem Brief nicht die noch bestehenden Konfliktfelder: Ausdrücklich stellte er fest, eine erneute Reflexion über das Verständnis des Priesteramtes sei unverzichtbar. Und er fügte hinzu, dem Grundsatz, daß Indígenas von vornherein nicht zum Priesteramt zugelassen sind, weil sie in ihrer Kultur verwurzelt sind, kein zölibatäres Leben für die Leiter einer Gemeinde vorstellen können, könne eine diskriminierende Wirkung nicht abgesprochen werden.

Der Brief von Bischof Samuel Ruíz zeichnet sich durch eine kohärente Argumentation aus. Dem Verfasser gelingt es, präzise Beschreibungen lokalkirchlicher Vorgänge mit seinen Erfahrungen, die er auf kontinentaler und weltkirchlicher Ebene im Rahmen seiner Tätigkeit im «Lateinamerikanischen Bischofsrat» (CELAM) machen konnte, zu verbinden. Die gleiche Position, nämlich im Blick auf die Notwendigkeiten der Lokalkirche der Praxis der Gesamtkirche gerecht zu werden, findet sich in der Erklärung, die Bischof Felipe Arizmendi zusammen mit seinem Weihbischof anlässlich des 17. Treffens der ständigen Diakone seiner Diözese Mitte März 2006 veröffentlicht hat.¹¹ Darin erklärten die beiden Bischöfe ihre Bereitschaft, die römische Entscheidung vom Oktober 2005 anzunehmen. Gleichzeitig benützten sie die Gelegenheit, um noch einmal ihren Standpunkt zu präzisieren, daß ihr Einsatz für eine autochthone Kirche sich immer im Rahmen der Universalkirche verstanden habe. Die bisherigen Weihen von ständigen Diakonen seien rechtens und im Sinne der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils gewesen. Wenn sie in dieser Erklärung ihre Bekräftigung des bisher zurückgelegten Weges als richtig und rechtmäßig mit der Bitte an ihre Mitarbeiter verknüpfen, weiterhin einen «respektvollen» wie gleichzeitig «fruchtbaren» Dialog mit den römischen Behörden zu führen, so kann das nur bedeuten, daß die beiden Bischöfe die Hoffnung, mit der römischen Antwort sei noch nicht das letzte Wort in diesem Konflikt gesprochen, noch nicht aufgegeben haben.

Nikolaus Klein

¹⁰ Vgl. Michel Andraos, *Indigenous Leadership in the Church: The Experience of the Diocese of San Cristóbal de las Casas, Chiapas, Mexico*, in: *Toronto Journal of Theology* 21 (2005)1, 57-65, 64 Anm. 11.

¹¹ Vgl. Felipe Arizmendi, Enrique Díaz Díaz, *Iglesia autóctona y diaconado permanente*. Palenque, Chiapas 13.-16. März 2006. (Typoskript).

Frankreichs Ehre?

Zu Irène Némirovskys Roman «Suite française»

«Mein Gott, was tut dieses Land mir an? Da es mich von sich stößt, betrachten wir es kalten Blutes und schauen wir zu, wie es seine Ehre und sein Leben verliert.» Die handschriftliche Notiz von Irène Némirovsky aus den Junitagen 1942 verweist auf eine dramatische, fast aussichtslose Situation. Rund zwei Jahre nach der Eroberung Frankreichs durch das nationalsozialistische Terrorregime hat das Pétain-Regime im Geiste der Kollaboration mit den deutschen Besatzern die Jagd auf jüdischstämmige Bürger des Landes mit unverminderter Härte fortgesetzt. Irène Némirovsky, eine zu diesem Zeitpunkt bereits renommierte französische Schriftstellerin jüdisch-ukrainischer Abstammung, die im Herbst 1940 mit ihren zwei Kindern und ihrem Ehemann Michail Epstein von Paris in das mittelfranzösische Issy-l'Évêque geflüchtet war, wußte seit dem Oktober 1940 um ihr drohendes Schicksal.

Das Vichy-Regime hatte das Gesetz über «die ausländischen Staatsangehörigen jüdischer Rasse» verkündet. Es beinhaltete deren Internierung in Konzentrationslagern und das Verbot, ihren Wohnsitz zu verlassen. Die Notiz vom 25. Juni 1942, zu einem Zeitpunkt, als die Autorin am Schluß des zweiten Kapitels ihres Romans arbeitete, schreibt diese Situation fest: «Es gibt noch andere Sorgen wie z.B. drohendes Konzentrationslager, Status der Juden ...» Sie hätte noch mit ihrem Ehemann fliehen können (ihre Kinder hatte sie bereits in die Obhut einer französischen Pflegemutter gegeben, die sie vor dem Zugriff der französischen Gendarmerie und den deutschen Deportationsbehörden rettete), sie hätte noch dem Zugriff der Behörden entkommen können, wenn es nicht diese kompromißlose, aufopferungsvolle Arbeit an einem Manuskript gegeben hätte, in dem sie ihre minutiösen Beobachtungen über ihre feigen französischen Gastgeber während der deutschen Invasion zu Papier brachte. Ihre Aufzeichnungen aus dem Jahre 1942 belegen es: «Die Franzosen waren der Republik überdrüssig wie einer alten Ehefrau. Die Diktatur war für sie ein Seitensprung, ein Ehebruch. Sie wollten ihre Frau zwar gern betrügen, nicht aber sie umbringen. Jetzt sehen sie, daß sie tot ist, ihre Republik, ihre Freiheit. Sie trauern um sie.» Am 13. Juli 1942 wurde sie von der Gendarmerie verhaftet, am 17. August 1942 starb sie in Auschwitz-Birkenau an Typhus. Ihr Ehemann hatte bei der Vichy-Regierung vielfach um ihre Freilassung gebeten, deren Antwort folgte: Michail Epstein wurde im Oktober 1942 verhaftet, nach Auschwitz deportiert und dort am 6. November 1942 vergast.

Die Rettung und die Veröffentlichung des Manuskripts, die I. Némirovskys Töchter Denise und Elisabeth ermöglichten, erwies sich – wie der hochartifizielle Erzähltext – als ein Wunder, das bei seiner Enthüllung, 62 Jahre nach der Niederschrift, von der französischen literarischen Öffentlichkeit im Jahre 2004 ein differenziertes Echo fand.¹ Es war die Begeisterung über die vielschichtige Darstellung der Auswirkung des Krieges auf die Zivilbevölkerung, die Zerknirschtheit über das unsolidarische, kollaborierende und feige Verhalten des französischen Bürgertums gegenüber seinen Landsleuten und den Besatzern sowie eine Reihe literarischer Qualitäten, die hier anzumerken sind. Bereits das Eingangskapitel «Sturm im Juni» überrascht durch die Anwesenheit eines personalen Erzählers, der mit einer faszinierenden Souveränität den Leser in den nahenden Krieg einstimmt: «Warm, dachten die Pariser. Frühlingluft. Es war Nacht im Krieg. Alarm. Aber die Nacht vergeht, der Krieg ist weit. Alle, die nicht schliefen, die Kranken in ihrem Bett, die Mütter, deren Söhne an der Front waren, die liebenden Frauen mit ihren tränenwelken Augen hörten den ersten Atemzug der Sirene.» (S. 9)

Die folgende Passage zeichnet sich durch eine irrlichternde und dennoch präzise Beschreibung des städtischen Raumes aus, der unter den heranjagenden Lichtern von Flugzeugen facettenartig aufleuchtet, wobei die Erzählerin sowohl die Vogelperspektive als auch die Sichtweise der Bewohner zur Illustrierung benutzt. Mehr noch: die städtischen Räume werden sozial zugeordnet. Die Armen fliehen in die Metroschächte, die Reichen begnügen sich damit, «bei ihren Pförtnern zu bleiben». (S. 10) Bereits auf diesen ersten Seiten kommt eine differenzierte Bewertung durch die Erzählerin zum Tragen: Die «Armen [...] folgten dem Herdentrieb in größerem Maße als sie (die Reichen, WS); sie brauchten einander, hatten das Bedürfnis einander beizustehen, gemeinsam zu stöhnen oder zu lachen.» (S. 10)

¹ Irène Némirovsky, *Suite française*. Roman. Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer. Albrecht Knaus, München 2005, 511 Seiten, 22,50 Euro. – Irène Némirovsky schaffte den literarischen Durchbruch 1929 mit ihrem ersten Roman «David Golder» (deutsch 1930). 1931 erschien «Le Bal» (deutsch «Der Ball» [1931]), kurz danach «L'affaire Courilof» (deutsch «Der Fall Kurilow» [1995]). Nach dem Wechsel zum Verlag «Albin Michel» veröffentlichte sie vor dem Kriege noch vier Romane («Le vin de solitude» [1935], «Jézabel» [1936], «La proie» [1938] und «Les chiens et les loups» [1940]). Posthum erschienen u.a. «La vie de Tchekhov» (1946), «Les Biens de ce monde» (1947) und «Les Feux de l'automne» (1957). Mit der Wiederveröffentlichung von «Le Bal» in «Les cahiers rouges» bei «Grasset» rückte die Autorin wieder in das Bewußtsein der Öffentlichkeit.

Doch die soziale Zuordnung von Räumen und die Reaktion der Pariser auf den drohenden Einmarsch der deutschen Truppen ist in der Regel nicht mit einer Wertung im Hinblick auf die Einstellungen der Personen der Handlung verbunden. Sie reden, handeln, reagieren gleichsam als eigenständige Persönlichkeiten, vielleicht sogar als Individuen, die mit einem ungeheuren Geschehen konfrontiert werden, das sie – mit wenigen Ausnahmen – überfordert. Diese Überforderung zeichnet der Text in eindrucksvollen Abschnitten nach, in denen querschnittartig ausgewählte Vertreter des Pariser Bürgertums und der Bourgeoisie in außerordentlichen Situationen gezeigt werden. Die Familie des Konservators Péricand samt ihren Söhnen Albert und Hubert, der Schriftsteller Corte mit seiner Geliebten Florence, Abbé Philippe aus der Familie der Péricands, der Bankier Langelet – sie alle flüchten vor den deutschen Truppen, werden wie Hubert in Kampfhandlungen verwickelt, aus denen sie sich mit patriotischen Empfindungen, aber mit der Einsicht in die Niederlage der französischen Armee retten können. Und die ersten Begegnungen mit den Deutschen? Der Text beschreibt sie aus mehreren Perspektiven. Zunächst aus der Sicht von Dorfbewohnern: «Das Dorf erwartete die Deutschen. Die einen empfanden beim Gedanken, zum ersten Mal ihre Sieger zu sehen, eine verzweifelnde Scham, andere hatten Angst, viele jedoch verspürten nur eine entsetzte Neugier wie bei der Ankündigung eines erstaunlichen, neuen Schauspiels.» Nur allzu schnell weicht die Spannung, als ein einzelner Deutscher auftaucht und das holprige Gespräch mit einem Tabakhändler, der Klang der Worte, das «Eis zwischen dem Dorf und dem Feind, dem Bauern und dem Eindringling» (S. 124) brach.

Aus der Sicht der französischen Bevölkerung

Auf welche Weise die nach 1940 einsetzende Okkupation Frankreichs aus der Sicht seiner Bewohner wahrgenommen wird, welche Kommunikationsformen sich bei den spontanen und länger währenden Begegnungen mit den *boches* herausbildeten, zeichnet der Text in dem Kapitel «Dolce» nach. Zunächst aus der Perspektive der Familie Angelliers, in der Gaston, der Ehemann von Lucie, Gefangener der Deutschen geworden ist. Sie nehmen den Einmarsch der Deutschen in ihr Dorf Bussy mit einer Mischung aus Feindseligkeit, Abwehr und wachsender Toleranz wahr. Vor allem Lucie, die in einer feinsinnigen psychologischen Betrachtung (eine meisterhafte Tiefenanalyse!) ihre trostlose, bürgerliche Ehe Revue passieren läßt, entwickelt eine verstockte Zuneigung zu dem deutschen Offizier, der im Haus der Angelliers einquartiert ist. Auch die anderen Dorfbewohner schwanken zwischen einer ablehnenden Haltung und einer zögernden Annäherung. Ungeachtet der sich häufenden Verbotsschilder, auf denen den Franzosen unter Strafandrohung untersagt wird, elementare bürgerliche Rechte wahrzunehmen, ungeachtet der Zerstörungen, die die Besatzer angerichtet haben, ungeachtet der Requirierung von Lebensmitteln und Pferden zeichnet sich vor allem in adligen und großbürgerlichen Familien auch in der Umgebung eine Akzeptanz gegenüber den Deutschen ab, die an einer Figur deutlich wird. Die Vicomtesse de Montfort, eine ursprünglich glühende Patriotin, wandelt sich zu einer wohlwollenden Befürworterin der deutschen Besatzung. Dieser Gesinnungswandel wird durch die wachsende Radikalität der Landarbeiter und einzelner Bauern gegenüber den Adligen wie auch Bürgerlichen ausgelöst. Ihr haßerfüllter Gegner, Benoît, ein Landarbeiter, den sie beim Klauen von Maispflanzen auf ihren Gütern erwischt, wirft ihr heimliche Kollaboration vor. Er selbst tötet einen Deutschen, taucht unter und wird von Lucie in ihrem Haus solange versteckt, bis er nach Paris flüchten kann. Und das an die russische Front abkommandierte deutsche Regiment? Es verläßt Bussy begleitet von seinen Bewohnern, die die Soldaten und Offiziere mit einem Hauch von Mitleid («Wie viele würden in den russischen Ebenen ihr Grab finden?» [442]), mit Spuren von Zuneigung («Hier und da hörte man im Schatten einer Tür ein Murmeln, ein Geräusch von Küssen» [443]) und Anzeichen gegenseitiger Verständigung («Hier und da gab es noch ein Lachen, einige zwischen den Soldaten

und der Menge gewechselte Scherze, doch bald verstummte alles.» [443]) verabschiedeten.

An dieser Stelle endet das II. Kapitel. Drei weitere Kapitel sollten folgen, so jedenfalls skizzierte die Autorin am 11. Juli 1942, zwei Tage vor ihrer Verhaftung, den Fortgang ihres Buchprojekts, wengleich in der vorliegenden Buchfassung auf S. 462 nur von einem großen Kapitel die Rede ist. Wie auch immer, Ewa Moldenhauer hat die *Suite française* nach dem Vorbild eines klassischen Musikstücks in ein fließendes, harmonisch gestimmtes Deutsch übertragen. Sie ist ein einzigartiges Zeitdokument, das sich in einer Synchron- und Diachron-Analyse – erstellt unter den scharfsinnigen Blicken einer Autorin, die aus der Sicht ihrer Figuren mit nur wenigen auktorialen Eingriffen ein Panorama von Kriegs- und Waffenstillstandsgeschichte entwirft – in vieler Hinsicht von Lev Tolstoj's «Krieg und Frieden» unterscheidet. Sicherlich wollte sie, wie die französischen Rezensenten und teilweise ihre deutschen Nachbeter schreiben, nach ihrem großen

Vorbild einen einzigartigen Roman, sicherlich aber kein Romanepos kreieren, denn ihre Erzählweise, die verwendeten Sub- und Sachtexte wie auch der Plot verweisen auf eine eigenständige Darstellung eines ungeheuerlichen Geschehens, das durch die Veröffentlichung des Romans in Frankreich der Diskussion um die Kollaboration neuen Nährstoff liefern wird. Hier ist einer neununddreißigjährigen Immigrantin unter der Einwirkung ihrer drohenden physischen Vernichtung ein Werk gelungen, das den französischen Realismus à la Gustave Flaubert auf eine wunderbare Weise mit neuen erzählerischen Verfahren wiederbelebt hat, nämlich die auktoriale Erzählstimme zu verbergen und die Charaktere wie auch die Handlung so zu modulieren, daß der Leser in jedem Augenblick an dem Geschehen als Protagonist teilnimmt. Gibt es ein schöneres Geschenk, als das, welches diese wunderbare Autorin mit ihrem distanziert-emphatischen Erzählstil der europäischen, sicherlich auch der weltweiten literarischen Öffentlichkeit hinterlassen hat? *Wolfgang Schlott, Bremen*

Die beste Medizin für alle – um jeden Preis?

Die ethische Gestaltung des Gesundheitssystems angesichts begrenzter Mittel (*Erster Teil*)*

Im gegenwärtigen Reformdiskurs der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Frage einer durchgreifenden Gesundheitsreform einen zentralen Platz ein. Denn an keinem der Teilsysteme sozialer Sicherung wurde in den letzten Jahrzehnten so viel herumgedoktort. Und kaum war eine Gesundheitsreform beschlossen, zeichnete sich bereits ab, daß ihr die nächste auf dem Fuße folgen müsse. Zu viele Lobbygruppen nahmen und nehmen auf die Ergebnisse Einfluß, so daß mittlerweile neben der Ineffizienz auch die Intransparenz des Systems kaum noch zu überbieten ist. Je mehr Lobbyinteressen sich durchsetzen, um so mehr Bürokratie ziehen sie nach sich, und um so weniger wird eine klare dogmatische Grundstruktur vorhanden sein, die dem System Haltbarkeit garantieren kann.

Da es sich beim Gesundheitssystem um ein System gesellschaftlicher Solidarität handelt, sind unweigerlich ethische Aspekte in den verschiedenen Reformplänen impliziert. Diesen soll in der gebotenen Konzentration auf das Wesentliche nachgegangen werden. Dazu gehe ich in drei Schritten vor: Im ersten frage ich nach den Ursachen der finanziellen Knappheiten im Gesundheitssystem. Im zweiten gehe ich kurz auf ökonomische Reformüberlegungen ein, ehe im dritten Schritt die im engen Sinn ethischen Verteilungsfragen behandelt werden.

Woher die Knappheiten kommen

Schon 1996 gaben in einer Befragung 59 Prozent der ÄrztInnen an, sie hätten den Eindruck, daß bereits rationiert werde. 1998 war dieser Wert dann auf 73 Prozent gestiegen¹, und so dürfte heute wohl kaum ein Arzt zu finden sein, der jegliche Beschränkung finanzieller Ressourcen im Gesundheitssystem abstreift. Das Motto «die beste Medizin für alle», von GesundheitspolitikerInnen gerne im Mund geführt, ist in der Praxis schon längst als Traum entlarvt. Die Rationierung medizinischer Leistungen ist bereits Alltag.

Als Hauptursache nennen die meisten Beteiligten die «Fortschrittsfalle», wie sie der Statistiker Walter Krämer erstmals 1996 beschrieben hat.² Durch den exorbitanten medizinisch-technischen Fortschritt sei immer mehr möglich, und was möglich sei,

das werde von den Menschen im Ernstfall auch verlangt. So könne der allgemeine Wohlstandszuwachs in den Industrieländern mit dem Zuwachs therapeutischer Möglichkeiten nicht mithalten – es komme zu einer Kostenexplosion durch Leistungsexplosion.³

Doch gilt es, die Zahlen genau anzuschauen. Laut Daten des Statistischen Bundesamtes und der OECD hat sich der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt in den letzten vier Jahrzehnten nur zweimal signifikant verändert: Von 1970 bis 1975 stieg er von 6,5 auf 9,1 Prozent und von 1990 bis 1995 von 9,3 auf 11,1 Prozent. In den übrigen Perioden des genannten Zeitraums veränderte er sich kaum. Nun geht aber der zweite dieser beiden Anstiege eindeutig auf das Konto der deutschen Wiedervereinigung: Nicht weil sich die Kosten für medizinische Maßnahmen deutlich steigerten, sondern weil das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (Pro-Kopf-BIP) durch Arbeitslosigkeit und geringere Produktivität im Osten in diesem Zeitraum deutlich fiel, muß der gesamtdeutsche Durchschnittsbürger heute rund 2 Prozent mehr von seinem Wohlstand für die Gesundheit aufbringen als der westdeutsche vor der Wende.

Mit anderen Worten: Die Fortschrittsfalle hat in den letzten vierzig Jahren nur einmal zugeschnappt, und zwar zwischen 1970 und 1975 (es ist interessant, daß sich Höffe und andere immer auf diese halbe Dekade beziehen!), und das nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industrieländern. So stieg z.B. in Österreich der Anteil der Gesundheitskosten am BIP von 1970 bis 1975 von 5,1 auf 6,9 Prozent, danach aber bis zum Jahr 2000 nur noch auf 7,6 Prozent. Die Rede von der gegenwärtig oder gar permanent durch eine Leistungsexplosion induzierten «Kostenexplosion» ist folglich ein Mythos.⁴ Die wahren Ursachen sind daher andernorts zu suchen. Eine erste scheint mangelnde Effizienz zu sein. Denn wenn man sieht, daß außer den USA (14 Prozent), Deutschland und der Schweiz (je ca. 11 Prozent) alle Industrieländer mit 7 bis 9 Prozent des BIP für ihr Gesundheitssystem auskommen und dabei eine ähnliche Lebenserwartung ihrer BürgerInnen gewährleisten, dann müssen die drei genannten Länder strukturell wohl doch etwas falsch machen. Klar, daß das keiner der am Gesundheitswesen beteiligten Akteure gerne hört.

³Ottfried Höffe, Besonnenheit und Gerechtigkeit. Zur Ressourcenknappheit im Gesundheitswesen, in: Wolfgang Schlicht, Hans Herrmann Dickhuth, Hrsg., Gesundheit für alle. Fiktion oder Realität? Schondorf 1999, 155-184, 91; Ders., Besonnenheit, Gerechtigkeit und Zivilcourage. Über Ressourcenknappheit im Gesundheitswesen, in: ZEE 44 (2000), 89-102.

⁴So auch Bernard Braun, Hagen Kühn, Hartmut Reiners, Das Märchen von der Kostenexplosion. Populäre Irrtümer zur Gesundheitspolitik. Frankfurt/M. 1998. Den Begriff «Kostenexplosion prägte im übrigen 1974 der damalige rheinland-pfälzische Sozialminister Heiner Geißler – seinerzeit zurecht!

*Zusammenfassung der Vorlesung bei den Salzburger Hochschulwochen 2005 «Ethik im Brennpunkt». Die Vorlesungen sind dokumentiert in: Heinrich Schmidinger, Gregor M. Hoff, Hrsg., Ethik im Brennpunkt. Salzburger Hochschulwochen 2005. Innsbruck 2005. Eine Kurzfassung des vorliegenden Textes erschien im «Deutschen Ärzteblatt (103 [2006], A-764-767).

¹Vgl. Deutsches Ärzteblatt 96 (1999), A-117.

²Vgl. Walter Krämer, Die Fortschrittsfalle oder Hippokrates versus Sisyphos, in: Deutscher Hochschulverband, Hrsg., Almanach IX (1996), 55-63.

Die zweite Ursache ergab sich bereits bei der Analyse der deutschen Entwicklung in den neunziger Jahren: Je höher die Arbeitslosigkeit anschwillt, um so teurer wird das Gesundheitssystem in Relation zum BIP des betreffenden Landes. Das gilt um so mehr, wenn der Löwenanteil des Gesundheitssystems durch lohnbezogene Beiträge der Pflichtversicherten und deren Arbeitgeber getragen wird (in Deutschland waren dies im Jahr 2000 laut OECD knapp 69 Prozent, in Österreich und der Schweiz nur knapp 43 Prozent). Denn höhere Lohnnebenkosten produzieren Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland und damit einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dann aber müssen wiederum die Versicherungsbeiträge erhöht werden – es handelt sich um ein sich selbst verstärkendes System.

Eine dritte Ursache ist absehbar, wird ihre Wirkung allerdings erst nach 2020 entfalten: Die demographische Entwicklung. Wenn die Generation der «Baby-Boomer», also der starken Geburtsjahrgänge 1955 bis 1965, in den Ruhestand tritt, müssen hundert potentiell Erwerbstätige zwischen zwanzig und sechzig Jahren nicht nur vierzig RuheständlerInnen tragen wie heute, sondern fast siebzig.⁵ Was das bedeutet, kann man sich ausmalen. Eine auf Zukunft orientierte Gesundheitsreform darf diesem Problem nicht ausweichen.

Ineffizienz, Arbeitslosigkeit und Kindermangel sind also die drei wirklichen Probleme, die das deutsche Gesundheitssystem ins Wanken bringen. Das erste und das dritte müssen dabei (auch) systemintern angegangen werden, das zweite hingegen läßt sich nur durch Maßnahmen weit jenseits der Gesundheitspolitik klären. Gleichwohl gehören Knappheiten zu den Grundgegebenheiten der Geschöpflichkeit. Begrenztheit und Endlichkeit sind prinzipiell unvermeidbar. Es gilt also als zentrale Herausforderungen, mit diesen Begrenzungen angemessen umzugehen. Klassisch gibt es zwei wissenschaftliche Disziplinen, die sich diesem Problem widmen: die Ökonomie unter Effizienzaspekten und die Ethik unter Gerechtigkeitsaspekten. Beiden soll im Folgenden nachgegangen werden. Denn auch die Ökonomie zeitigt ethische Implikationen und darf keinesfalls als ethisch neutral verstanden werden – allen Versuchen mancher ÖkonomInnen zum Trotz.

Ethische Bedingungen ökonomischer Rationalisierung

Gesundheit ist kein tauschbares Gut. Sie läßt sich nicht kaufen wie ein beliebiges Produkt. Zudem besitzt Gesundheit Ermöglichungscharakter: Sie ist nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts.⁶ Aus diesen beiden Gründen kann das Gesundheitssystem nicht durch reine Marktwirtschaft reformiert werden. Gleichwohl können marktwirtschaftliche Elemente zu einer Effizienzsteigerung führen, die zugleich sozial verträglich ist. Und diese Effizienzsteigerung ist zweifelsohne dringend nötig. Denn innerhalb aller am Gesundheitssystem beteiligten Akteursgruppen lassen sich gewaltige Effizienzunterschiede der jeweiligen AkteurInnen nachweisen.

Für ökonomische Rationalisierungen, d.h. Steigerungen der Effizienz gilt der ethische Grundsatz: Ineffizienz ist auf jeden Fall ungerecht, denn sie schafft ohne Not Benachteiligte. Im Umkehrschluß aber ist nicht jede Effizienzsteigerung automatisch gerecht. Sie muß vielmehr ihrerseits nochmals auf den ethischen Prüfstand gestellt werden: Dient sie den Schlechtestgestellten? Wird der erzielte Rationalisierungsgewinn unter den Beteiligten gerecht geteilt? Treten keine gravierenden unerwünschten Nebeneffekte auf? Bleibt die therapeutische Qualität gesichert?

Rationalisierung braucht *Anreizstrukturen*. Diese werden ihrerseits vorwiegend ökonomischer Natur sein. Für die einzelnen Beteiligten im Gesundheitssystem kommen dabei folgende, teils schon realisierte, teils durch Lobbygruppen erfolgreich verhinderte Anreizmechanismen in Betracht:

⁵Jens Hohmeier, Gerechtigkeit bei der Verteilung und Rationierung von Gesundheitsleistungen – eine wirtschaftsethische Analyse der gesetzlichen Krankenversicherung. Herdecke 2000, S.1.

⁶Wolfgang Kersting, Gerechtigkeit und Medizin, in: Ders., Recht, Gerechtigkeit und demokratische Tugend. Frankfurt/M. 1997, 170-212, 185.

Erstens: Für die Kliniken und Arztpraxen das System fallbezogener Bezahlung: Für eine Leistung wird bundesweit jeweils der selbe Betrag gezahlt. Dazu werden die Krankheiten in Fallgruppen eingeteilt und jeweils nach Schweregrad nochmals individuell gewichtet. Daraus ermittelt sich der Gesamtbetrag, den die Krankenkasse an das Krankenhaus (und, wo dies eingeführt ist, auch an die Arztpraxis) ausbezahlt. Nicht mehr einzelne Behandlungsschritte werden also bezahlt, sondern pauschal die Gesamtleistung einer Therapie. Damit hat die Klinik ein Interesse, ihre Leistung so effektiv wie möglich zu erreichen. Unnötig lange Krankenhausaufenthalte und überflüssige Untersuchungen wird sie aus Eigeninteresse vermeiden. In Deutschland ist dieses System seit 2004 unter dem Kürzel DRG (Diagnosis Related Groups) für Kliniken eingeführt.⁷ In Österreich ist es bereits etliche Jahre unter dem Titel LDF (Leistungsorientierte Diagnose-Fallgruppen) in Funktion.

Zweitens: Für die *Versicherten* kennt man seit längerem die Praxis der Selbstbehalte. Dort, wo es eine Versuchung zu Mitnahmeeffekten gibt, wo also die Versicherten als Trittbrettfahrer etwas einzugewinnen und allein deswegen in Anspruch nehmen, weil es nichts kostet, machen solche Selbstbehalte Sinn – eine moderate Höhe vorausgesetzt. Das gilt z.B. für Medikamente und Arztbesuche, solange es nicht um chronisch Kranke geht. Ins Krankenhaus hingegen geht wohl kaum jemand freiwillig – hier sind Selbstbehalte eher kontraproduktiv. Hingegen sollten Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen durchaus ihren Selbstbehalt zahlen, denn auch sie brauchen die monetäre Motivation, sich effizient zu verhalten. Die ihnen dadurch entstehenden Durchschnittskosten sollte man lieber auf Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe aufschlagen. Jedes Sozialsystem funktioniert am besten, wenn es ohne systemfremde «Implantate» auskommt.

Ein zweiter Anreiz für Versicherte existiert mindestens in den privaten Versicherungen: Ein moderates Bonussystem für jene, die sich durch einen gesunden Lebensstil, präventive Körperpflege und sinnvolle Vorsorgeuntersuchungen fit halten und damit nachhaltig ihre Gesundheitskosten senken. Hier gibt es gerade in Deutschland unbestritten noch ein hohes Potenzial zur Effizienzsteigerung.

Drittens: Während für Krankenhäuser, Arztpraxen und Versicherte seit längerem Anreize zu effizientem Verhalten bestehen, werden die *Pharmahersteller* noch relativ zögerlich in die Pflicht genommen. Immerhin sind seit einigen Jahren die sogenannten Generika auf dem Markt, die für eine gewisse Konkurrenz sorgen und einen Effizienzdruck aufbauen. Doch so lange der Patentschutz für ein Medikament gilt, der einzig an dieser Stelle in den Gesundheitsbereich hineinreicht(!), werden monopolistische und damit ineffiziente Strukturen nicht vermeidbar sein. Sinnvolle Alternativmodelle zur Wahrung der Interessen der ErfinderInnen gibt es leider nicht.

Viertens: Auch die (gesetzlichen) *Versicherungen* haben sich bisher dem Effizienzdruck weitgehend erfolgreich widersetzt. Nötig wäre eine marktwirtschaftliche Konkurrenz durch tatsächlich freie Kassenwahl und die Beseitigung der bisherigen monopolistischen Strukturen. Jeder Versicherte sollte frei wählen, wo er sich versichert, und die Kasse sollte gezwungen sein, jeden zu akzeptieren – auch den chronisch Kranken oder Sterbenden. Eine Aufhebung der Unterschiede zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen wäre dazu freilich unabdingbar. Erst dann könnte sich zeigen, welche Kasse mit der schlankesten Bürokratie ihre KundInnen am besten betreut.

Rahmenbedingungen für Anreizsysteme

Die Rahmenbedingungen für die Anreizsysteme müssen, da es um ein System gesellschaftlicher Solidarität geht, selbstverständlich vom Gesetzgeber definiert und laufend auf ihre Zielgenauigkeit

⁷Für genauere Informationen weltweit siehe: <http://www.drgonline.de/DRG/DRG-Systeme/drg-systeme.html>; bezogen auf das deutsche System: <http://www.g-drg.de>.

geprüft werden. Eventuell sind Nachjustierungen nötig. Vor allem aber muß unter allen Umständen verhindert werden, daß Effizienzsteigerungen zu Lasten der Qualität gehen. In diesem Sinne wird ein unabhängiges «Zentrum für Qualität in der Medizin», wie es der Gesundheitsexperte Karl Lauterbach seit Jahren vorschlägt, unabdingbar sein.⁸ Ähnlich wie andere Bundesbehörden, die die Sicherheit verschiedener Arbeitsbereiche überwachen, braucht auch das Gesundheitssystem eine solche Kontrollinstanz, wenn es unter marktwirtschaftlichen Regeln verlässlich arbeiten soll.

Aus ethischer Sicht entscheidend scheint mir zu sein, daß die Rationalisierung des Gesundheitssystems von *allen* erbracht werden muß und nicht nur von den ÄrztInnen und PatientInnen. Insbesondere letztere haben keine Lobby und werden in den politischen Debatten daher schnell als die einzigen «Opfer» von Reformen auserkoren. Hier wird auf eine Ausgewogenheit von Lasten und Gewinnen zu schauen sein.

Im Blick auf die Versicherten (und eigenartiger Weise nur im Blick auf diese!) wird dabei gern und oft von *Eigenverantwortung* gesprochen. Grundsätzlich ist das ein richtiger und wichtiger Verweis. Kein Mensch soll von den solidarischen Systemen abhängig gemacht und in Unselbständigkeit getrieben werden. Die katholische Soziallehre vertritt seit langem das Grundprinzip der Subsidiarität: So viel Eigenverantwortung wie möglich, so viel Hilfe wie nötig. Doch setzt der Appell an die Eigenverantwortung gerade in dieser etablierten Formel voraus, daß der Adressat seine Verantwortung auch ausüben kann. Und dabei darf nicht übersehen werden, daß diese Befähigung ungeheuer milieuhängig ist: Gerade arme Menschen verhalten sich oft sehr ungesund – aus Mangel an Wissen, an positiven Grunderfahrungen gesunden Lebensstils, an persönlichen Befähigungen zum Umgang mit dem Gesundheitswesen. Hier wäre die Frage, ob nicht viel stärker begleitende und beratende Sozialarbeit nötig wäre, um die Gesundheitskosten zu reduzieren. Womöglich wäre es im wohl verstandenen Eigeninteresse von Krankenversicherungen, wenn sie Sozialarbeiter für Leistungen der Gesundheitsberatung und -betreuung bezahlen würden. Auf jeden Fall aber hat die Solidargemeinschaft hier die Pflicht, sich zu engagieren: «Ein Einfordern von Eigenverantwortung ohne ein entsprechendes Fördern, das von unterschiedlichen Fähigkeiten zur Eigenverantwortung in Unter- und Mittelschichten ausgeht, läuft Gefahr, als faktisches Instrument zur Entsolidarisierung gegenüber den Schwächsten in der Gesellschaft mißbraucht zu werden.»⁹

Ethisch bedeutsam scheint mir auch die da und dort verhandelte Frage nach der *Kostentransparenz*. Wenn überhaupt Eigenverantwortung aller Beteiligten erreicht werden soll, dann muß die höchstmögliche Klarheit über die Kosten einer Maßnahme hergestellt werden. Der sogenannte «informed consent», Leitbild der modernen Medizinethik, umfaßt auch das: Jeder Beteiligte sollte – sofern er entscheidungsfähig ist – vorher wissen, was eine bestimmte Therapie oder ein eingesetztes Medikament kostet. Er sollte aber zumindest nachher auch erfahren, wie viel Verwaltungskosten seine Versicherung berechnet. Natürlich kann das nicht heißen, daß das ärztliche Aufklärungsgespräch vor einer Operation zum Verkaufsgespräch degeneriert, in dem über Preise und Rabatte verhandelt wird. Aber dort, wo eine Entscheidung über alternative Therapiemöglichkeiten große Kostendifferenzen beinhaltet, sollte dieser finanzielle Aspekt auch nicht von vorneherein zum Tabu erklärt werden. Denn in den Köpfen der behandelnden Ärzte wird er ja ohnehin mitgedacht, und so ist es auch ein Akt der Ehrlichkeit, dem Patienten offen und entscheidungsoffen (!) zu sagen, was Sache ist.

Ein letzter, von den Lobbygruppen gerne verdrängter Schritt der Effizienzsteigerung wäre die Einforderung der *Leistungsevidenz*:

⁸Vgl. Gerd Glaeske, Karl Lauterbach, Bert Rürup, Jürgen Wasem, Weichenstellungen für die Zukunft. Elemente einer neuen Gesundheitspolitik, in: Der Internist 2/2002, 26-37.

⁹Peter Dabrock, Karl Gabriel, Einladung zum Missbrauch? Eine Kritik aktueller gesundheitspolitischer Stellungnahmen der Kirchen, in: Herder Korrespondenz 57 (2003), 403-406, 406.

Für Medikamente wie für Therapien muß endlich die Evidenzbasierung ihrer Wirksamkeit Voraussetzung dafür sein, daß eine Bezahlung durch die Kassen überhaupt in Frage kommt. Will ein Arzt oder ein Patient eine nicht evidenzbasierte Maßnahme durchführen, dann liegt es in ihrer eigenen Verantwortung, wie sie das finanzieren.

Ethische Kriterien gerechter Rationierung

Schon durch Rationalisierung, d.h. durch Steigerung der ökonomischen Effizienzen werden beträchtliche Einsparungspotentiale im Gesundheitsbereich realisierbar. Dennoch werden sie auf lange Sicht nicht jenen Umfang erreichen, der vor allem auf Grund der oben aufgezeigten demografischen Entwicklung nötig ist. Insofern muß zur Rationalisierung die Rationierung hinzukommen. Unter Rationierung versteht man die Verteilung knapper Grundgüter nach rationalen und transparenten Kriterien. Wie erwähnt geht bereits seit 1996 die Mehrheit der ÄrztInnen in Deutschland davon aus, daß es «Rationierung» gibt – allerdings bisher meist ohne transparente, von den zuständigen Institutionen rational festgelegte Kriterien. Die Zuteilung knapper Ressourcen erfolgt bisher willkürlich und intuitiv. Darüber hinaus wird sie in der Regel den ÄrztInnen angelastet, während eigentlich Politik und Gesellschaft verantwortlich wären, auf demokratischem Wege Verteilungsregeln zu definieren.

Noch immer gibt es unübersehbar eine gewisse Verweigerungshaltung. Denn nicht wenige folgern aus dem in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der UN in Artikel 25 (1) formulierten «Grundrecht auf medizinische Versorgung» ein Menschenrecht auf Maximalversorgung. Doch ist unbestritten, daß alle Menschenrechte, sogar das Grundrecht auf Leben, im Konfliktfall zu Gunsten anderer gleich- oder höherwertiger Grundrechte zurückgestellt werden können und müssen. Menschenrechte stehen in Konkurrenz und konfliktieren miteinander. Ihre Abwägung im Konfliktfall fordert aus Achtung vor der Menschenwürde der beteiligten Personen vor allem Unparteilichkeit und Rationalität. Eine Gesellschaft hat gewisse Grenzen ihrer Tragekapazität. So haben die halbnomadischen Indianer-Stämme Nordamerikas anlässlich ihrer langen und anstrengenden Wanderung in die Winterquartiere jene Alten zurückgelassen, die nicht mehr in der Lage waren, aus eigener Kraft mitzuziehen. Die Alternative zu dieser Praxis, die letztlich einen fairen und rationalen Generationenvertrag darstellte, wäre der Untergang des gesamten Stammes gewesen, und den konnte niemand wünschen.

Für eine moderne Industriegesellschaft geht es zweifelsohne nicht mehr um das kurzfristige Überleben als solches wie bei den Indianern. Dennoch bleibt es eine Frage intergenerationeller Gerechtigkeit, welchen Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung eine Gesellschaft vernünftigerweise und dauerhaft für Gesundheitsleistungen ausgeben kann. Wenn etwa zugunsten einer perfekten Gesundheitsversorgung an der nötigen Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur gespart wird, dann fällt das nicht nur nachteilig auf das Gesundheitssystem selbst zurück, das diese Infrastruktur direkt nutzt, sondern beeinträchtigt zudem in erheblichem Maße die mittlere Generation, die das Geld für die Gesundheit erwirtschaften soll. Und wenn die Optimierung der Gesundheitsvorsorge Einsparungen an Bildung und Forschung nötig macht, gilt Analoges im Blick auf die jüngere Generation. Otfried Höffe hat also Recht, wenn er hier eine Betrachtung unter dem Blickwinkel der intergenerationellen Gerechtigkeit fordert.¹⁰

Das Menschenrecht auf medizinische Versorgung ist also nur als Grundrecht auf Grundversorgung zu verstehen: «Das Recht auf einen fairen Anteil an der öffentlichen Gesundheitsversorgung bedeutet: jeder hat ein Recht auf ein vernünftiges medizinisches Versorgungsminimum.»¹¹

Der erste Schritt innerhalb einer Rationierungsdebatte für das Gesundheitssystem wäre folglich die Bestimmung des gerechten

¹⁰Vgl. Otfried Höffe, Besonnenheit und Gerechtigkeit (vgl. Anm. 3), 155-184.

Anteils der Gesundheitsausgaben am BIP einer Gesellschaft. Ein Blick auf die überwältigende Mehrheit der Industrieländer zeigt, daß dieser Wert bei genügender Effizienz zwischen 7 und 10 Prozent liegen wird. Paradigmatisch für den zweiten Schritt, die Verteilung des so definierten «Kuchenstücks», wären dann zwei Bereiche, in denen die Rationierung medizinischer Leistun-

¹¹ Wolfgang Kersting, Gerechtigkeit und Medizin (vgl. Anm. 6), 170-212, 195.

gen absolut unumgänglich und daher längst üblich ist: Die Organallokation im Transplantationswesen (hier herrscht absolute Organknappheit) und die Erstbetreuung von Verunglückten bei Massenanfällen (hier herrscht absolute Zeit- und Personalknappheit). In beiden Fällen gibt es anerkannte Vorzugsregeln für die Frage, wer in den Genuß medizinischer Leistungen kommt und wer nicht. An ihnen sollen die hier darzulegenden Überlegungen am Schluß dieses Artikels gemessen werden. (Zweiter Teil folgt.)

Michael Rosenberger, Linz

Robert Lax – Stille in der Vase

Tagebuchnotizen von einer Reise nach Patmos

Es ist der 26. September 2005. Ich sitze auf der untersten Stufe einer felsigen Treppe am Wasser und sinne in die Weite des Ägäischen Meeres: auf Patmos, der «Insel mit dem Heiligenschein». An diesem Platz, an dem ich sitze, von der Straße her nicht einsehbar, ist er immer zum Schwimmen gegangen – und heute vor genau fünf Jahren ist er verstorben: Robert Lax (31. November 1915 - 26. September 2000).

Katharina vom Art Cafe in Skala hat mir gesagt, sie habe ihn stets Mister Sonnenschein genannt. Ein Freund spricht von ihm als «lachendem Buddha». Andere bezeichnen ihn als einen Dichter, einen Philosophen, einen Weisen, einen Heiligen. Steve Georgiou, auch ein Freund, beschreibt ihn als «the dreamcatcher»: «Er war ein Portal zu einer höheren Realität.»

Da bin ich also auf die Insel Patmos gepilgert, um – am fünften Jahrestag seines Todes – des mich stark berührenden Bob Lax zu gedenken. Flugzeug München-Kos (mit einem auf mich widerlich wirkenden plumpen Tourismus), Fähre des Dodekanisos Express Kos-Patmos, und nun sitze ich hier auf der Insel der Apokalypse an einem der von Robert Lax geschätzten Plätze am Meer, schaue das reine Wasser, das Licht, die Weite – und warte, warte mit Robert Lax:

Ich wartete auf irgend ein zeichen einen ton	Ich lausch te auf das meer
Ich spähte aufs meer	ich lausch te
Ich spähte durch die luft	auf die luft

Ich denke, daß dies:

...
ein
ort
war

wo
ich
warten
konnte

&
warten

dass
et
was

be
geg
ne

Vor Jahren bin ich – durch die *Orientierung* – an Robert Lax geraten: an seine «dialoge», sein «tagebuch F», seine «notizen», an «der berg» usw. Im Jahr 2003 bin ich dann erstmals nach Patmos aufgebrochen und dort Spuren suchend unterwegs gewesen. Ich konnte Freunde des Denkers ausfindig machen: Nikos aus Athen und Ulf aus Salzburg, beide Maler. Nikos hat mich zu den Orten geführt, die im Alltag des Robert Lax eine Rolle gespielt haben. Nach zwei Stunden meditierenden Seins am Morgen, so höre ich, pflegte er in die Stadt hinabzusteigen, um zum Postbüro zu gehen, dort in seinem Brieffach nachzuschauen. Er hat Post aus aller Welt bekommen. Stapel von Briefen, zahlreiche Schachteln voller Korrespondenz hat er zu Haus. Menschen aller Art traten an ihn hin, von ihm lernend, mit ihm ahnend: «our surfaces are different, but our centers are one».

Nikos bringt mich zum Haus des Robert Lax. Wir ersteigen die vielen Stufen der Gassen den Kastelli-Hügel hinauf. Die Terrasse wimmelt von Katzen. Das Haus ist ganz einfach und ganz klein. Von ihm her blickt man freilich auf das weite Meer. Nikos gesteht mir: «Das hier ist für mich ein Ort des Friedens. Hier fließt eine Energie. Hier bekomme ich Inspirationen für mein Denken, für mein Malen.» Drinnen im so gewöhnlichen und kargen Haus mit Robert Lax gemeinsam atmen, schweigen, spüren, denken, sprechen: Da wußte ich auf einmal, «wie es war, ein Samenkorn zu sein, das vom Licht berührt wird; oder ein Treibholz, das an sandigen Strand gespült wird, mit Seetang umschlungen, gebadet in Salz und in Sonnenschein» (Steve Georgiou).

Nun sitze ich selber auf einem der stabilen Holzstühle in dieser bemerkenswerten Einsiedelei. Ich schaue. Ich rieche. Ich horche. Ich schmecke. Ich sinne. Ich erinnere:

A	was	B	was
	machst du		macht
	aus		die ser
	die sem		au gen blick

au	
gen	aus
blick	mir
?	?

So fragen in einem der Laxschen Dialoge A und B. So fragt es nun in mir. So fragt es mich existentiell. Diesem Fragen bietet sich hier im Haus die Bücherwand des Dichters. Ich erblicke «1995 Poet's Market», «India. A Travel survival Kit», «World Mythologies», «Silent Lamp» und vieles, vieles andere. Vor allem jedoch schenken sich dem Blick die mannigfaltigen Titel von Büchern des Thomas Merton, seines engen Freundes aus Studentenzeiten in den USA: «Witness to Freedom», «The Road to Joy», «The Courage for Truth», «A Vow of Conversation», «The Way of Tzu», «The Hidden Ground of Love», «The School of Charity» usw.: Titel, die offenlegen, was hier oben wesentlich ist. Thomas Merton (31. Januar 1914 - 10. November 1968): Ich war im Jahr 1980 auf seinen Spuren durch Sri Lanka gefahren; dort, wo er mit Buddhismus authentische Begegnung gesucht hat. Immer stärker ist sein Blick nach Innen gegangen: kritisch zu Dogmen, zum Geronnenen, zum Sklerotischen in den Kirchen, Gemeinden und Orden hin; Wesen, Substanz und Aktualität des Gottesverhältnisses und Weltseins in der Dynamik und Vitalität des Innen vermutend, lebend, beschreibend. Hier in diesem Zimmer des Robert Lax ist dieser Thomas Merton intensiv gegenwärtig: der Trappistenere mit aus den USA, dieses Inbild einer dynamischen Spiritualität. Er, zeitlebens ein rastlos Suchender, Bob Lax, ein hellwacher Wartender. Warten im Moment. «Jeder Moment hat etwas Heiliges an sich. Also läuft alles darauf hinaus, sorgfältig mit dem Moment umzugehen». Ich fotografiere die sprechende Bücherwand, lasse mich beschenken mit den aufschlußreichen Zitaten und Fotos, die Robert Lax an eine Zimmerwand geheftet hat, blättere in Manuskripten, die in Kartons auf dem Boden stehen, bleibe hängen an dem mit schwarzer und mit blauer Tinte geschriebenen Text: «black / black / black // blue / blue / blue // black / black / black // blue / blue / blue» und fotografiere auch ihn; fotografiere die Ahnung, den Glauben, die Botschaft: Schwarz ist nicht der letzte Schrei. Das Letzte wird Blau sein. Die letzte Farbe wird Blau sein. Blau wird mit Schwarz kommunizieren und das letzte Wort haben. Blau fasziniert als Weites, als Großes, als Ganzes. «Die Dunkelheit ist gewissermaßen da, um dem Licht zu helfen, und das Licht ist da, um der Dunkelheit zu helfen», hat Bob Lax in einem seiner letzten Interviews gesagt.

Mit Nikos verlasse ich diese beredete Eremitage voller Gaben, das spirituelle und kreative Potential in den Menschen zu wecken, sie in die richtige Richtung hin zu fragen; «Zuerst lernst du zu sehen, wo du in der Welt bist, wo andere sind, und dann beginnst du, dich um alle Dinge, die dir in den Weg kommen, zu kümmern, um so viele, wie du kannst. Es ist gut, die verstreuten Dinge der Welt zu sammeln und sie in eine Art glücklicher, liebender Vereinigung zu bringen. Wenn du das tust, bist du genau auf dem Weg zu wahrer Erleuchtung.»

Nikos bringt mich dann zu Pantelis, der mitten im modernen Skala einen altehrwürdigen Krämerladen betreibt. Er ist ein sehr guter Freund von Robert Lax. Bei ihm hat der immer eingekauft, was er brauchte. Pantelis' Lebensmittelladen kommt in Texten von Robert Lax ausdrücklich vor, zum Beispiel in den «notizen»: Dreiste Spatzen fliegen durch Tür und Fenster in den Laden hinein und laben sich aus offenen Säcken voll Reis oder Weizen. Geschäftszeiten für alle Kreatur gibt es bei Pantelis. Er kommt auch in Steve Georgious Interviewbuch «The Way of the Dreamcatcher. Spirit Lessons with Robert Lax: Poet, Peacemaker, Sage» vor. Der alte Krämer ist glücklich, daß ihn ein Deutscher besucht – seines Freundes Petros (so nennen sie den Eremiten auf Patmos) wegen. Er hat in seinem Laden hinter sich an der Wand ein Foto hängen, das Robert Lax zeigt. Unter der Theke kramt er mir ein Kuvert hervor und entnimmt ihm ein Buch mit einer persönlichen Widmung für ihn. Der Autor aus den USA hat es ihm geschickt: «The Way of the Dreamcatcher».

Ich besuche den lieben alten Mann jedes Mal, wenn ich auf Patmos bin. Wir freuen uns aufeinander, und wir freuen uns gemeinsam über die Botschaft, die in Robert Lax ihre Gestalt hat: «Er war ein guter Mensch. Er war freundliche Güte in Person», sagt Pantelis. Eben, Bob Lax mag das Wort des Seraphim von Sarav: «Erlange den Geist des Friedens, und Tausende um dich herum werden gerettet werden.» Frieden ist eines der Robert Lax bewegenden Schlüsselworte, und er nennt Jesus «the Prince of Peace».

Am nächsten Tag fahre ich mit dem Taxi nach Kampos Beach. In einem Fischrestaurant dort treffe ich mich mit Nikos und Ulf, den beiden Malern und Freunden des Weisen. Wir wollen miteinander essen, und als alles für das Mahl auf dem Tisch ist, läßt Ulf – sozusagen als Tischgebet – ein zu dieser Besinnung auf die nun zu verwirklichende Gesinnung: «Wir haben uns getroffen. Wir sind hier. Dieser Tisch ist hier. Fisch und Brot, Wasser und Wein sind hier. Robert Lax ist hier. Er lebt durch uns. Wir sind für diese Gemeinschaft dankbar. Wir leben diese Gemeinschaft nun. Wir sind dankbar.»

Ich frage die beiden nach der eigenwilligen poetischen Form in der Dichtung des Eremiten. Lange habe ich mit dieser Form Schwierigkeiten gehabt. Sie ist mir stets so spröde, so dürrig, so minimalistisch vorgekommen – bis ich eines Tages Robert Lax selbst seine Texte sprechen gehört habe. Das ist 1999 gewesen. In München hat es damals eine «Hommage à Robert Lax» gegeben: «Three Windows», eine multimediale Gestaltung. Völlig im Dunkel sitzend, vor mir drei Filmfenster nebeneinander, in schwarzweiß, jedes Fenster ermöglicht einen keuschen Blick auf Mensch und Botschaft; dem Ohr bietet sich das stille Wort. Einfach, intensiv, erwärmend und einladend. Repetitive Muster. Suggestive Melodik. Takt. Perkussion. Rhythmus. Beschwörung. Liturgie des Elementaren: «looking & naming, looking & naming: not doing very much more».

«Und wie hat des Robert Lax Religiosität ausgeschaut?», frage ich Ulf und Nikos. «Leute lieben. Beten ohne Unterlaß: im Moment sein, jetzt sein. Sich kümmern. Aufmerksamkeit für's Leben. Gebete. Psalmen beten. Meditation. – Zur Orthodoxie hat er kein enges Verhältnis gehabt. Als vom Judentum zur katholischen Kirche Konvertierter hat er stets an der Messe des Franziskaners teilgenommen, der ab und zu die Katholiken der Insel besucht.» Da bewege ich mich also am Jahrestag seines Todes in seinem Kontext des Wartens, der intensiven Präsenz, der patmischen Offenbarung, der Kommunion mit dem Ganzen: «our surfaces are different, but our centers are one». Ich hocke auf der steinernen Treppe, über die der alte Robert Lax an seinen Strand zum Schwimmen gestiegen ist, blicke auf das türkisfarbene weite Meer, warte – und empfangen wartend von daheim ein Bild mit einem Text.

Kurz vor meiner Patmosreise mußte sich Deniz aus dem Kinderdorf, in dem ich als Seelsorger ein wenig mitwirke, verabschieden. Er war vierzehn, in heftiger Pubertät, so heftig, daß verantwortlich überlegt werden mußte, ob nicht eine anders konzipierte Jugendhilfeeinrichtung für ihn besser wäre. Zum Abschied hat Deniz mir ein von ihm selbst gemaltes Bild gegeben. Es stellt eine Vase dar. Es enthält dazu den Text: «Ich hoffe, Ihnen gefällt die Stille in der Vase. Ich werde sehr traurig, wenn ich solch ein Bild anschau: wie ruhig und wie gleich es bleibt. Ich hoffe, das werde ich auch.»

Engelbert Groß, Eichstätt

Hinweise: Eine zweisprachige Ausgabe von Werken Robert Lax' ist im Pendo Verlag (Zürich) erschienen; Bernhard Moosbrugger, Cine Nomad (München), Hrsg., Three Windows. Hommage à Robert Lax. Kunsthau Zürich, Zürich 1999; Robert Lax. Katalog anlässlich der Ausstellung «Three Islands: Richard Stankiewicz, June Leaf, Robert Lax» im Museum Tinguely, Basel, vom 19. September 2004 bis 16. Januar 2005. Bern 2004; Steve Georgiou, The Way of the Dreamcatcher. Spirit Lessons with Robert Lax. Poet, Peacemaker, Sage. Novalis, Ontario 2002; Ders., Hrsg., Mit Robert Lax Träume fangen. Freiburg, u.a. 2006; Thomas Merton, Robert Lax, A Catch of Anti-Letters. Sheed & Ward, Kansas/WI 1994; When Prophets Still Had a Voice. The Letters of Thomas Merton and Robert Lax. Ed. by Arthur W. Biddle. University Press of Kentucky, Lexington 2001. (Red.)

Unüberwindbare Probleme der Entwicklung

Warum bleiben die meisten Entwicklungsländer unterentwickelt?

Von den mehr als hundert lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Ländern, die von europäischen Ländern kolonisiert wurden und die nach dem Zweiten Weltkrieg (oder vorher) ihre politische Unabhängigkeit erklärt hatten, sind – nach fünfzigjähriger intensiver Entwicklungspolitik, Finanzhilfe und technischer Zusammenarbeit – nur zwölf in die Gruppe der entwickelten Länder aufgestiegen.

Die Definition des Begriffs Entwicklungsland ist umstritten. Einige Autoren bestreiten, daß es etwas wie Entwicklung überhaupt gibt. Im folgenden benutzen wir Definitionen und Kriterien des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP), das mit Hilfe der Maßzahl «Index der menschlichen Entwicklung» (*Human Development Index – HDI*) jährlich den Stand der menschlichen Entwicklung in allen Ländern der Welt mißt. Der Index beruht auf den Teilindizes der Lebenserwartung bei Geburt (gibt Auskunft über die Gesundheitsbedingungen eines Landes), Alphabetenquote der Erwachsenen und Brutto-Beschulungsquote (Bildungsniveau, erworbene Kenntnisse) sowie des kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-Einkommens (Ressourcen für einen angemessenen Lebensstandard). Die Resultate werden jährlich im Weltentwicklungsbericht (*Human Development Report – HDR*) veröffentlicht, zusammen mit der Auswertung von rund 30 zusätzlichen Indikatoren. Nach diesem Bericht befinden sich im Jahr 2004 55 Länder in der Gruppe der Nationen mit hohem Entwicklungsstand – im folgenden entwickelte Länder genannt –, 85 in der Gruppe mit mittlerem und 35 in jener mit geringem Entwicklungsstand.

Gemäß dem Weltentwicklungsbericht 2005 gelang Argentinien und Südkorea der Anschluß an die oberste Ländergruppe im Jahre 1985. Uruguay, Singapur, Bahrain und die Vereinten Emirate folgten im Jahr 1990; Chile, Costa Rica und Kuwait fünf Jahre später, Mexiko im Jahr 2000, Kuba und Panama 2003.

Nachdem ich zehn Jahre in Indonesien und zwanzig Jahre in Brasilien (im Nationalen Industrie-Berufsbildungsdienst, im Arbeitsministerium, im Nationalen Forschungsrat und in der Sozialentwicklung von armen Gemeinden im Landesinnern des Staats Rio Grande do Norte) gearbeitet habe, bin ich der Frage nachgegangen, warum z.B. Chile in Lateinamerika oder Südkorea in Asien es geschafft haben, die HDI-Kriterien eines entwickelten Landes zu erfüllen, nicht aber Brasilien und Indonesien.

Im Folgenden versuche ich, die oben gestellte Frage zu vertiefen und teilweise zu beantworten, indem ich die Entwicklungsgeschichte Brasiliens zu Rate ziehe. Obwohl der Werdegang jeder Nation eigene Charakteristiken aufweist, scheint mir die Entwicklungsproblematik Brasiliens in etwa typisch zu sein für andere tropische und subtropische Entwicklungsländer, in der Regel Länder mit großem Landwirtschafts- und Tourismuspotential, reichen Bodenschätzen, fast unbeschränktem Angebot an Arbeitskräften sowie offenem Zugang zu Projektfinanzierung, insgesamt günstige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung.

Verfassung und Gesetzgebung

Brasilien war von 1500 bis 1822 von Portugal kolonisiert. Die Brasilianer, meist portugiesischer Abstammung, unter ihnen der Prinzregent Dom Pedro I., erklärten 1822 die Unabhängigkeit vom Mutterland. Bereits 1824 gab sich Brasilien eine Verfassung, mit der Monarchie als Staatsform. Die Verfassung wurde häufig ersetzt und die Staatsform gewechselt. Die neueste Bundesverfassung ist die siebte und stammt von 1988. Sie stellt nach Meinung internationaler Verfassungsjuristen eines der freiheitlichsten Grundgesetze dar. Die Bevölkerung wurde aktiv in die verfassungsgebende Versammlung einbezogen und reichte mehr als tausend Eingaben ein. Eine große Anzahl von Gesetzen und gesetzesähnlichen Dokumenten definiert die Ausführungsbe-

stimmungen. Diese wiederum werden laufend an den neuesten Stand der Politik, der gesellschaftlichen Entwicklung und der Technologie angepaßt.

Würde die Regierung die Verfassung und die Gesetze umsetzen, gäbe es fast keine Urwaldzerstörung; das Erziehungs- und Gesundheitswesen wäre in etwa vergleichbar mit dem schweizerischen; die Arbeitslosenquote (strukturelle Arbeitslosigkeit) wäre in Brasilien etwas geringer als die schweizerische, u.a. weil der Arbeitsmarkt aufgrund des großen Anteils des informellen Marktes und der überlebensstrategischen Ausrichtung großer Teile der Erwerbsbevölkerung dynamischer ist als der schweizerische. Auch die Armutsquote würde unter der schweizerischen liegen, u.a. weil der Prozent-Anteil (an der Gesamtbevölkerung) der politischen und Wirtschaftsflüchtlinge, die in der Regel arm sind, in Brasilien etwa tausendmal kleiner ist als in der Schweiz. Die Kriterien für die Bestimmung der Höhe des verfassungsmäßigen brasilianischen Mindestlohns entsprechen ungefähr den Richtlinien für die Bemessung der Sozialhilfe der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe – SKOS. Konsequenterweise entspricht auch der Betrag des so definierten Mindestlohns, kaufkraftbereinigt, einigermaßen den Schweizer Richtlinien. Im Dezember 2005 müßte der Mindestlohn nach den Berechnungen des Departements für Statistik und sozio-ökonomische Studien der Gewerkschaften in São Paulo (DIEESE) verfassungsgemäß 1607 Reais betragen, etwa 910 Franken, was kaufkraftmäßig knapp den 4500 Franken der SKOS-Richtlinien für den Unterhalt einer Familie mit zwei Kindern entspricht.

De facto beträgt der jährlich an die Teuerung angepaßte Mindestlohn Ende 2005 nur 300 Reais. Seit Jahren ist er rund fünfmal tiefer als in der Verfassung vorgeschrieben. Etwa 40 Millionen Arbeitnehmer und Pensionierte hängen direkt von diesem Mindestlohn ab.

Würde der verfassungsmäßige Mindestlohn bezahlt, gäbe es keine armen Arbeitnehmer, keine armen Arbeitnehmer-Familienangehörigen und keine armen Pensionierten mehr. Die volle Anpassung – selbst wenn sie nur schrittweise eingeführt würde – des Mindestlohnes an die Verfassungsvorgaben würde die Volkswirtschaft so beleben, daß sich in kurzer Zeit auch die Einkommen der Selbständigerwerbenden, die sich nicht auf das Mindestlohn-Gesetz berufen können, erhöhen würden. Mittelfristig bliebe also nur noch ein kleiner Teil der Bevölkerung arm, z.B. die Arbeitslosen ohne Arbeitslosenentschädigung. Gleichzeitig würde sich auch die extrem schlechte Einkommensverteilung stark verbessern.

Die Umsetzung der Verfassungsaufträge und Gesetze

Die Umsetzung von Gesetzen und Normen, von Plänen und Projekten ist eines der Hauptprobleme der Entwicklungsländer. Brasilien zeichnet sich aus durch formal und inhaltlich gut formulierte Gesetze und Normen, in denen oft Artikel enthalten sind, nach denen im Falle der Nicht-Ausführung die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen sind. Trotzdem wurden und werden viele Gesetze nicht eingehalten, und zwar unabhängig von der Staatsform, die gerade im Land herrscht: Monarchie, Zivil- oder Militärdiktatur, Parlamentarismus, Präsidentialismus oder repräsentative Demokratie. Es würde daher nicht viel nützen, die Staatsform zu ändern, um Gesetze durchzusetzen, denn nicht einmal während der Diktaturen konnten sie vollumfänglich durchgesetzt werden.

Für die Einhaltung der Gesetze und der Verfassung sind die drei Gewalten verantwortlich. Die Exekutive hat dabei am wenigsten Macht, da sie von der Legislative kontrolliert und alle vier Jahre durch eine neue Regierung abgelöst wird. Seit 1999 ist eine Wiederwahl für weitere vier Jahre möglich. Die wichtigen Vorhaben

der Exekutive wie Entwicklungspläne, Jahresbudget und Mindestloohnerhöhungen müssen in Form von Gesetzesvorschlägen dem Parlament unterbreitet werden. Selten hat die Partei eines vom Volk gewählten Chefs der Exekutive auch die Mehrheit im ebenfalls und gleichzeitig vom Volk gewählten Parlament. Er muß also alle Vorschläge in langwierigen Prozessen mit den Politikern aushandeln, wobei in der Regel viel Substanz und wertvolle Zeit verlorengehen.

Die Verhandlungsbasis der Regierung des heutigen Präsidenten *Luiz Inácio Lula da Silva* ist besonders schwierig. Da er mit seiner Arbeiterpartei den vorangegangenen Regierungen fast zwanzig Jahre lang harte, zum Teil destruktive Opposition geliefert hatte, wird seine Regierung heute von den damaligen Regierungsparteien, die nun im Oppositionslager sind, schonungslos bekämpft. Es ist zu betonen, daß destruktive und obstruktive Opposition ungleich lähmender und entwicklungsfeindlicher wirkt als etwa die in einigen entwickelten Ländern gepflegte Neinsagerstrategie.

Was die Regierungsperioden der Exekutive betrifft, sind die vierjährigen Mandate zu kurz, um eine landesweite nachhaltige Entwicklung planen, ausführen und monitorieren zu können. Eine neu gewählte Regierung braucht etwa ein Jahr, um zu lernen, wie ein Ministerium und sein Generalsekretariat, seine Ämter, Abteilungen und Sektionen funktionieren. Dabei können die neuen Chefs dieser Ämter nicht von ihren Vorgängern lernen, da diese beim Regierungswechsel zum großen Teil entlassen oder versetzt wurden, im Falle der Regierung Lula bis hinab auf die Ebene des Sektionschefs. Es gibt Ausnahmen, z.B. die militärischen Ministerien, die Diplomatie und einige spezialisierte Institute, in denen die Kader nicht entlassen werden. Beim Wechsel gehen oft wichtige Dossiers, Forschungsberichte von höchster wissenschaftlicher Qualität, Pläne für die nachhaltige Entwicklung und Zeitreihen verloren. Neue Regierungen führen wichtige mandatsübergreifende Projekte oft nicht weiter und lösen ganze Entwicklungsstrukturen auf, wie z.B. 1986 die Wohnbaubank und die Genossenschaftsbank. Es gibt Krankenhäuser und Schulen, die von einer Regierung geplant und am Ende des Mandats bis zum Rohbau erstellt, von der folgenden aber nicht beendet und benützt werden. Nicht nur das erste Jahr eines vierjährigen Mandats ist in der Regel verloren, sondern auch das vierte, da während diesem der Wahlkampf für das nächste Mandat ausgefochten wird. Die Exekutive arbeitet in dieser Zeit unter dem konstanten Druck der Legislative und Judikative, besonders des Bundeswahlgerichts und der regionalen Wahlgerichte, die kontrollieren, ob die Regierung bei der Lancierung volksnaher Projekte – Wohnungsbau, Schulen, Spitäler – verbotene Wahlpropaganda treibt. Dadurch wird die Ausführung vieler Entwicklungsprojekte gehemmt. Der Druck auf die Regierung im Wahljahr wird noch größer, wenn ein Präsident wiedergewählt werden will.

Länder, in denen alle vier Jahre eine neue Regierung gewählt wird, welche vorhandene Entwicklungspläne und -projekte ignoriert oder radikal ändert, haben keine Chance, die Phase nachhaltiger Entwicklung zu erreichen. Sie werden im Stadium nachhaltiger Unterentwicklung verweilen.

Ungenügende Ressourcen?

Häufig meint man in entwickelten Ländern, es fehlen den Entwicklungsländern die Mittel, um Verfassungsvorgaben und Gesetze, Entwicklungspläne und -projekte in die Tat umzusetzen. Im Prinzip sind die Ressourcen in allen privaten und öffentlichen Haushalten knapp, in sämtlichen Ländern. Die Güterknappheit ist daher genereller Ausgangspunkt aller Fragestellungen der Wirtschaftswissenschaft, in entwickelten wie Entwicklungsländern.

Was die Finanzressourcen betrifft, hat sich die wirtschaftliche Lage mehrerer lateinamerikanischer Länder verbessert, so daß sie ihre Schulden vorzeitig abzahlen. Brasilien bezahlte den Kredit des Internationalen Währungsfonds bereits 2005 vollumfänglich und vorzeitig zurück. Während der ersten drei Jahre der Regierung Lula verdoppelten sich die Exporterlöse. Die Staatseinnahmen des Bundes nahmen um 58 Prozent zu. Dank der makroökonomi-

schen Stabilität investieren immer mehr Ausländer in Brasiliens Industrie und Dienstleistungen. An der 7000 Kilometer langen tropischen und subtropischen Küste werden ausländische Tourismus-Firmen im Jahr 2006 mehr als zwei Milliarden Dollar investieren. Die meisten Entwicklungsländer der tropischen und subtropischen Region weisen ebenfalls ein hohes Potential für die Entwicklung des Öko-Tourismus auf. Viele inländische Firmen haben genügend Ressourcen, um massiv zu investieren. Allein die im Bergbau arbeitende Firma CVDR investiert im Jahr 2006 zwölf Milliarden Reais oder 6,8 Milliarden Franken.

An Humanressourcen fehlt es, quantitativ gesehen, ebenfalls nicht. Das Ausbildungsangebot expandiert. Die Beschulungsquoten der Primär- und Sekundärstufen steigen. Brasilien zählt 1637 Universitäten und Hochschulen. Doch die Qualität der Allgemeinbildung ist unbefriedigend. Die Berufsbildung hingegen ist qualitativ gut – nicht selten dank der Zusammenarbeit mit der Schweiz und Deutschland –, aber quantitativ ungenügend. Nur etwa 12 Prozent der Absolventen der Sekundärstufe I haben Zugang zu einer berufsorientierten Weiterbildung. Das Angebot an Berufsbildung nimmt im Verhältnis zur Nachfrage sogar ab, nicht etwa weil Ressourcen fehlen, sondern aufgrund von Prioritätensetzung und ideologischen Empfindlichkeiten. Linksintellektuelle Politiker vertreten seit den sechziger Jahren z.B. die Meinung, daß Berufsbildung keine Priorität verdiene, da sie mehr das Kapital bzw. den Kapitalismus fördere als die Arbeiter.

Der Produktionsfaktor Technologie ist ebenfalls hoch entwickelt. Brasilien hat u.a. modernste Computer- und Flugzeugfabriken. Die Automobilindustrie produziert 2,4 Millionen Fahrzeuge pro Jahr. Alle Sektoren sind informatisiert, auch die öffentlichen Dienste. Die Umweltbehörden verfügen über das modernste Urwaldmonitoring-Satellitensystem der Welt, das präzise erfaßt, an welchen Stellen der Urwald verbrannt oder auf andere Weise zerstört wird. Die Resultate werden täglich im Internet veröffentlicht. Auch die Wahlgerichte sind durchgehend informatisiert. Für die Realisierung der Bundes-, Staats- und Gemeindewahlen der Legislative und Exekutive stehen 400000 elektronische Wahlurnen zur Verfügung, die erlauben, daß wenige Minuten nach Wahlschluß die Resultate der von 120 Millionen Wählerinnen und Wählern eingeklickten Stimmen nicht nur hochgerechnet, sondern ausgewertet sind.

Dank des hohen Technologiegehalts der Produktion und aufgrund der geringen Löhne sowie des Vorhandenseins eigener Roh- und Brennstoffe und – was die Agrargüter betrifft – zusätzlich dank des Klimas und der riesigen Flächen bebaubaren Landes, sind die Exporte Brasiliens und anderer Entwicklungsländer weltweit kompetitiv. Deshalb kämpfen diese Länder in der Gruppe «G 20» unter der Führung von Brasilien gegen die Exportsubventionen der entwickelten Länder. Diese bezahlen ihren Arbeitskräften, u.a. dank der Subventionen, Löhne, die in der Regel über der Armutsgrenze liegen, was die Exportprodukte verteuert und sie gegenüber den Billiglohnländern (Löhne weit unter der Armutsgrenze) weniger wettbewerbsfähig macht.

Probleme der Allokation und der Verwaltung

In vielen tropischen und subtropischen Ländern, die reich an regenerierbaren und nicht-regenerierbaren natürlichen Produktionsfaktoren sind, ist die optimale Allokation oder die Zuführung von Ressourcen an die effizienteste Verwendung kein besonders beachtetes Thema. Auch der Umgang mit den einmal allozierten Ressourcen, bzw. deren Verwaltung, wird eher großzügig gehandhabt.

Ein Blick auf den Voranschlag des brasilianischen Bundesbudgets 2006 offenbart ein Muster der Prioritätensetzung: Für die öffentliche nicht-stationäre Gesundheitsgrundversorgung der 147 Millionen Brasilianer, die sich keine private Gesundheitsversicherung leisten können, wurden rund 6,6 Milliarden Reais und für den Unterhalt des Kongresses mit seinen 594 Parlamentariern etwa 5,4 Milliarden Reais budgetiert. Die Unverhältnismäßigkeit ist dergestalt, daß mancher Volksvertreter wenige Monate nach

dem Einzug in die grandiosen Anlagen der Kongreßgebäude von der sozialen Realität des Landes entfremdet wird. Er entrückt in eine andere Welt. Da er genügend Einkommen hat, um sich die besten privaten Dienstleistungen kaufen und auf die von seinem eigenen Land gebotenen öffentlichen Dienste der Erziehung, Gesundheitsversorgung, Sicherheit und des Transports vollumfänglich verzichten zu können, spürt er nicht genügend Anreize, die öffentlichen Dienste zu unterhalten, geschweige denn sie nachhaltig zu entwickeln.

Auf der anderen Seite fühlen sich die Verwalter und Mitarbeiter dieser öffentlichen Dienstleistungen (z.B. die Direktoren und Lehrer der 250 000 öffentlichen Schulen oder die 200 000 Ärzte der öffentlichen Spitäler) von den Politikern immer mehr im Stich gelassen; sie verlieren die Motivation, gut zu verwalten und streiken oft, was die Qualität dieser Dienste nochmals verschlechtert und die Korruption fördert.

Wie reagiert das Volk?

Die Bevölkerung ist sich der perversen Situation wohl bewußt und weiß, daß sie insofern ausweglos ist, als im Zuge der Demokratisierung das Volk die erwähnten Volksvertreter selbst gewählt hat. In Brasilien herrscht Wahlpflicht, deren Erfüllung rigoros kontrolliert wird. Wer nicht wählt, erhält u.a. keinen Reisespaß oder kann ihn nicht verlängern, es sei denn, er spreche beim Wahlgericht vor, rechtfertige die Nichtbeteiligung und bezahle eine Buße.

Das Volk hält nicht viel von dieser Demokratie. Nach einer Studie des eingangs erwähnten Entwicklungsprogramms UNDP erachtet ein großer Teil der Bevölkerung Lateinamerikas die wirtschaftliche Entwicklung als wichtiger als (diese Art) Demokratie; 54 Prozent der Befragten würden ein autoritäres Regime unterstützen, wenn es das Land sozial und wirtschaftlich entwickelte. Ein Teil des Volkes reagiert auf die anhaltende Unterentwicklung mit Auswanderung. Viele Jugendliche, meist gut informierte und ausgebildete, verlassen ihre Heimat, wissend, daß sie im Aufnahmeland, zumindest anfänglich, keine politischen Rechte haben. Aber sie emigrieren ja, weil sie nichts mehr von Politik bzw. Politikern hören wollen. Viele lateinamerikanische Staaten, die bis etwa 1980 das Zielgebiet der Immigration darstellten, sind heute Emigrationsländer. Der Bestand der Lateinamerikaner in

der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz z.B. nahm zwischen 1995 und 2004 um 71 Prozent zu. Das Bedenkliche an diesem neuen Wandlungsmuster ist, daß die jungen, gut ausgebildeten ausländischen Arbeitskräfte für das Herkunftsland eindeutig einen Verlust (*Brain Drain*) darstellen, von der Mehrheit der Bevölkerung des Aufnahmelandes aber (gemäß UNIVOX: Trendbericht Wirtschaft 2005, gfs-zürich) keinesfalls als Gewinn (*Brain Gain*) betrachtet werden. Insgesamt kann also diese Migration als Arbeitskraftverschleiß (*Brain Waste*) verstanden werden.

Stellenwert der internationalen Zusammenarbeit

Zunächst sei erwähnt, daß Geldhilfe, auch und besonders in der Form von Schuldenerlaß, sich heute oft kontraproduktiv auswirkt. Sie kann korrupte Regierungen subventionieren, die Zahlungsmoral unterminieren, Reformen verzögern und die Einkommenskonzentration verschärfen.

Internationale Zusammenarbeit hingegen im Sinn eines echten partnerschaftlichen Dialogs und Austauschs wird immer wichtiger. Es ist Zeit, die Entwicklungsländer nicht mehr als unmündige, armselige Staaten zu behandeln, die unfähig sind, volle Verantwortung für die eingangs definierte menschliche Entwicklung ihrer Bürger zu übernehmen. Einer der drei Pfeiler der menschlichen Entwicklung ist, wie oben erwähnt, das Einkommen, dessen wichtigste Komponente das Arbeitseinkommen darstellt. Um dieses zu fördern, muß der lokale Arbeitsmarkt gepflegt, langfristig geplant und monitoriert werden. Der Export der Arbeitslosen ist keine echte Arbeitsmarktlösung. Je mehr Erwerbspersonen das Land verlassen, desto geringer wird der Druck auf den lokalen Arbeitsmarkt und auf die Arbeitsmarktbehörden, so daß diese weniger motiviert sind, die kausalen Zusammenhänge der Arbeitslosigkeit überhaupt zu untersuchen und zu verstehen, geschweige denn nachhaltige Lösungen anzustreben.

Ein weiteres Ziel der internationalen Zusammenarbeit unter ebenbürtigen Partnern sollte sein, daß im internationalen Handel, der einen immer wichtigeren Stellenwert einnimmt, auch die Entwicklungsländer ihre Aufgaben wahrnehmen. Man darf z.B. die Tatsache nicht verschweigen, daß auch die Entwicklungsländer ihre Exporte subventionieren. Brasilien budgetiert im Vierjahresplan 30 Milliarden Dollar für direkte Subventionen und gibt ein Mehrfaches davon aus für indirekte Subventionen wie Steuerermäßigung, Finanzierungshilfen und Nahrungsmittelhilfe für unterbezahlte Arbeiter der exportorientierten Firmen. Die Exporterlöse Brasiliens verdoppelten sich von 2003 bis 2005. Nur ein geringfügiger Teil der Gewinne wurde an den Faktor Arbeit zur Verbesserung der tiefen Löhne verteilt; die Gewinne konzentrieren sich, wie in den meisten Entwicklungsländern, vorzüglich im Kapital.

Die entwickelten Länder sollten in den Gesprächsrunden der Welthandelsorganisation klar darlegen, daß sie die (Agrar-) Exportsubventionen in dem Maß abschaffen können, in dem die Entwicklungsländer ihre in der Exportgüterproduktion beschäftigten Arbeitskräfte so entlohnen, wie es ihrer eigenen Verfassung und der Menschenwürde entspricht. Die Forderung ist berechtigt, da die entwickelten Länder in der Regel seit Jahrzehnten würdige Löhne bezahlen (mit Ausnahme der *working poor*) und dafür ihre Wettbewerbsfähigkeit schmälern.

Wenn die Entwicklungsländer diesen Vorschlag akzeptieren, werden ihre Exportgüterpreise steigen. Aufgrund der Abschaffung der Subventionen werden auch die Preise der Exportgüter der entwickelten Länder steigen, so daß am Schluß beide wieder gleich wettbewerbsfähig sind, mit dem zusätzlichen Ergebnis, daß die Arbeiter der Entwicklungsländer besser entlohnt werden, im Falle Brasiliens fünfmal besser.

Die Internationale Zusammenarbeit – die öffentliche wie die private, vor allem die kirchliche – hat viel dazu beigetragen, Militärdiktaturen zum Rückzug zu bewegen. Sie muß nun dafür sorgen, daß sich die jungen Demokratien nicht in Diktaturen der gewählten Politiker und der Oligarchie verwandeln.

Paul Ammann, Natal/Brasilien

ORIENTIERUNG (ISSN 0030-5502)

erscheint 2x monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Aboverwaltung:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich

Redaktion: Telefon 044 204 90 50, E-Mail orientierung@bluewin.ch

Aboverwaltung: Telefon 044 204 90 52, E-Mail orientierung.abo@bluewin.ch

Telefax: 044 204 90 51

Homepage: www.orientierung.ch

Redaktion:

Nikolaus Klein, Josef Bruhin, Werner Heierle,
Paul Oberholzer, Pietro Selvatico

Ständige Mitarbeiter:

Albert von Brunn (Zürich), Beatrice Eichmann-Leutenegger (Muri BE),
Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 2006:

Schweiz (inkl. MWSt): Fr. 65.– / Studierende Fr. 50.–

Deutschland und Österreich: Euro 50.– / Studierende Euro 38.–

Übrige Länder: Fr. 61.–, Euro 33.– zuzüglich Versandkosten

Gönnerabonnement: Fr. 100.–, Euro 60.–

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postkonto Zürich 87-573105-7

Deutschland: Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) Konto Nr. 6290-700

Österreich: Bank Austria, Creditanstalt Zweigstelle Feldkirch (BLZ 12000),

Konto Nr. 00473009 306, Orientierung, Feldkirch

Übrige: Credit Suisse, CH-8070 Zürich (BLZ 4842), Konto Nr. 556967-61

Druck: Druckerei Flawil AG, 9230 Flawil

Abonnements-Bestellungen bitte an die Aboverwaltung.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.